

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND ZU BEGINN DES JAHRES 2017: WIRTSCHAFT UND AUSSENPOLITIK

■ ANALYSE		
Risiken, die sich wirklich ausgezahlt haben könnten? – Die Außenpolitik Russlands Aglaya Snetkov, Zürich		2
■ UMFRAGE		
Internationale Beziehungen		7
■ ANALYSE		
Die Wirtschaft Russlands 2016 Philip Hanson, London		10
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
»Er schlägt mich, also liebt er mich«. Zur Lockerung der Strafbestimmungen gegen häusliche Gewalt Sergey Medvedev, Berlin		14
■ UMFRAGE		
Dekriminalisierung von Familiengewalt		17
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Die sowjetischen Dissidenten und die »Sprache des Rechts« Jens Siebert, Moskau		19
■ CHRONIK		
20. Januar – 2. Februar 2017		23

Risiken, die sich wirklich ausgezahlt haben könnten? – Die Außenpolitik Russlands

Aglaya Snetkov, Zürich

Zusammenfassung

2016 ist für die russische Außenpolitik zweifellos ein bemerkenswertes Jahr gewesen, und eines, in dem sich viele der gewagten Schritte ausgezahlt zu haben scheinen. Das Regime Putin hat weiterhin selbstbewusst Gewalt eingesetzt, sowohl konventionelle wie im Falle Syriens und der Ukraine, als auch unkonventionelle oder nichtlineare Maßnahmen, wie bei den Cyber-Angriffen auf die USA. Neben aktiv ausgerichteter außenpolitischer Entscheidungen war 2016 wohl ein Jahr, in dem Russland von vielen anderen internationalen Entwicklungen profitierte. Insbesondere vom Aufschwung populistischer Kräfte im Westen, am markantesten symbolisiert durch den Sieg von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen in den USA im November. Während wir das Jahr 2017 werden abwarten müssen, um zu sehen, wie diese Ereignisse in praktische Politik umgewandelt werden, hat das Putin-Regime das Jahr 2016 wohl mit einem Hoch abgeschlossen.

Russland in der internationalen Politik

2016 ist für die russische Außenpolitik ein besonders ereignisreiches Jahr gewesen, in dem das Land wieder einmal mit Verve die Rolle des herausragenden Buhmanns der internationalen Politik übernommen hat. Gleichzeitig scheint es als könnten sich einige der Wagnisse, die der Kreml eingegangen ist, wohl tatsächlich auszahlen (zumindest hinsichtlich der Ziele, die sich das Regime gesetzt hatte), wenn man die sichtbaren »Erfolge« des Vorgehens in Syrien, der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA und die offenkundige Welle des Populismus, die über Europa hinwegschwappt, als Maßstab nimmt. Während sich das Putin-Regime im Laufe des Jahres von Krise zu Krise bewegte, setzte es weiterhin selbstbewusst Gewalt ein, sowohl konventionelle wie im Falle Syriens und der Ukraine, als auch unkonventionelle oder nichtlineare Maßnahmen, wie bei den Cyber-Angriffen auf die USA. In diesem Kontext sind die innen- und außenpolitischen Agenden des Kreml eng miteinander verwoben, wobei die Betonung der internationalen Rolle Russlands nachdrückliche Priorität zur Sicherung des Regimes im Inneren genießt. Eingedenk dieses Ziels hat Russlands Außenpolitik im Jahr 2016 den Eindruck verstärkt, dass das Land nun als eine Macht wahrgenommen werden sollte, die nicht nur harte Worte findet, sondern auch machtvoll agiert, wenn es um die Wahrung von Russlands Interessen in der als der seinen betrachteten Region und auch darüber hinaus geht.

Neben aktiven außenpolitischen Entscheidungen war das Jahr von vielen internationalen Entwicklungen geprägt, von denen Russland zu profitieren schien – insbesondere der offenkundige Aufschwung des Populismus, symbolisiert durch Donald Trumps Sieg bei den Präsidentschaftswahlen in den USA im November und das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich im Juni. Während wir das Jahr 2017 werden abwarten müssen, um zu sehen, wie diese Ereignisse

in praktische Politik umgewandelt werden, hat das Putin-Regime das Jahr 2016 wohl mit einem Hoch abgeschlossen.

Syrien: Verdoppelung des Einsatzes bei Militäroperationen

2016 bedeutete in vielerlei Hinsicht eine Fortsetzung von Entwicklungen, die bereits in den vergangenen Jahren zu beobachten gewesen waren. Das lässt sich am deutlichsten hinsichtlich der Bereitschaft des Putin-Regimes beobachten, Gewalt einzusetzen, um seine vermeintlichen nationalen Interessen zu wahren. Markantestes Beispiel ist hier natürlich Russlands anhaltende Unterstützung für das Regime von Baschar al-Assad in Syrien. Der Militäreinsatz Russlands, der im September 2015 zur Stützung des Assad-Regimes in Syrien begonnen wurde, wird mit unveränderter Intensität fortgesetzt. Vor dem Hintergrund anhaltender Kritik aus unterschiedlichen Lagern und einer Vielzahl gescheiterter Versuche, einen Waffenstillstand auszuhandeln (vor allem bei den Genfer Friedensgesprächen im Februar und den russisch-amerikanischen Gesprächen im September) hat sich das Regime in Russland als Teil einer Koalition mit Syrien und dem Iran (und mit der Unterstützung der Hisbollah) entschlossen gezeigt, den Militäreinsatz fortzusetzen. Über das Jahr hinweg sind erhebliche Anstrengungen in Richtung militärischer Schlüsselziele wie Aleppo, Palmyra, Homs, Hama und Ilib unternommen worden. Einsatztechnisch scheint der anhaltende Strukturwandel in den militärischen Potentialen Russlands und die erhöhten Verteidigungsausgaben im Sinne militärischer Effizienz Früchte zu tragen. Russlands militärische Unterstützung für das Assad-Regime scheint den Krieg zugunsten des syrischen Regimes gewendet zu haben. Daher besteht beim Regime und dem Militär in Russland die Hoffnung, dass der Geist der militärischen Schwäche, der während des Georgien-Krieges 2008 zutage getragen war, gebannt ist.

Aus innenpolitischer Sicht ist entscheidend, dass das Regime die innerrussische Wahrnehmung des Militäreinsatzes sehr geschickt gehandhabt hat. Durch die gekonnte Anwendung von offizieller Berichterstattung und Propaganda scheint es im Innern nur wenig negative Rückwirkungen gegeben zu haben. Dem steht international eine Welle der Verurteilung entgegen, von Beschuldigungen wegen extrem hoher Zahlen an zivilen Opfern, die der Einsatz verursacht hat (Schätzungen belaufen sich auf viele Tausende; wobei die genauen Opferzahlen seit dem Beginn des russischen Einsatzes 2015 je nach Quelle erheblich variieren), und wegen offenkundiger Angriffe auf lebenswichtige Infrastruktureinrichtungen und »weiche Ziele« (z. B. Krankenhäuser), die als Kriegsverbrechen eingestuft werden können. Gleichwohl hat Russland, wie Sergej Dawidow zurecht hervorhebt, im Innern wenig bis überhaupt keine Proteste gegen den Syrien-Einsatz erfahren. In der Tat scheint sich die Mehrheit der Bevölkerung gern dem offiziellen Standpunkt anzuschließen oder aber einem Militäreinsatz, der sehr weit von den eigenen Landesgrenzen stattfindet, nur mit Desinteresse zu begegnen. Es dürfte allerdings trotz Russlands aktiver militärischer Rolle in Syrien sehr unwahrscheinlich bleiben, dass das Land auf globaler Ebene als neue Sicherheitsmacht auftritt, selbst angesichts der zunehmenden Zurückhaltung westlicher Staaten selbst eine solche Rolle zu übernehmen. Anders gesagt: Es bleibt, wenn es um entferntere Regionen geht, unwahrscheinlich, dass Russlands Einsatz in Syrien in den kommenden Jahren als Blaupause für Russlands Sicherheitspolitik im Äußeren fungieren wird.

Osteuropa: Pattsituation im »vergessenen Krieg« und wachsende Spannungen

Die Spannungen anlässlich der Ukraine, insbesondere hinsichtlich der anhaltenden Kampfhandlungen entlang der Kontaktlinie im Donbass, haben sich fortgesetzt. Es gibt weiterhin Brennpunkte des Konflikts, an denen es regelmäßig zu Opfern kommt, und die viele Analytiker nun von Europas »vergessenem Krieg« sprechen lassen. Während der Friedensprozess insgesamt stockt, hält der verhärtete diplomatische Konflikt zwischen Russland, der Ukraine und dem Westen über fehlende Fortschritte bei der Umsetzung der jeweiligen Verpflichtungen aus den Minsk 2-Protokollen an. Im November 2016 stellte der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) fest, dass das Vorgehen Russlands in der Ukraine einen »internationalen bewaffneten Konflikt« zwischen Russland und der Ukraine und keine innere Angelegenheit darstellt. Am Ende des Jahres waren die Wirtschaftssanktionen des Westens gegen Russland immer noch in Kraft und auch der Kreml hat seine Gegensanktionen in das Jahr 2017 verlängert. Gleichzeitig haben sich Befürchtungen

verstärkt, dass Russland in Osteuropa »hybride« Taktiken einsetzt. Russlands Luftwaffe dringt weiterhin oft in den Luftraum der NATO ein, die russische Ostseeflotte und deren Stützpunkt im Gebiet Kaliningrad sind mit atomwaffenfähigen Raketen ausgestattet worden und es wurden mehrere Militärübungen in der Nähe von NATO-Mitgliedsstaaten abgehalten, was die Spannungen weiter verstärkte. Die NATO hat, ihren Erklärungen vom Warschauer Gipfeltreffen im Juli folgend, in gleicher Weise reagiert: mit Plänen, die Unterstützung für Osteuropa zu verstärken und mit vier neuen Bataillonen, die in dieser Region stationiert werden. Darüber hinaus werden einzelne NATO-Mitglieder in höherem Maße eine aktive militärische Unterstützung für ihre osteuropäischen Verbündeten gewähren. So entsenden etwa die USA mehr militärische Verstärkung nach Polen; Großbritannien plant die Entsendung von Kampfjets nach Rumänien sowie von 800 Soldaten nach Estland; Italien leistet verstärkt Hilfe für Lettland und es sollen zusätzliche deutsche Truppen in Litauen stationiert werden. Trotz der ad hoc-Treffen der beiden Seiten im Rahmen des NATO-Russland-Rates bleibt die übergeordnete Dynamik von Misstrauen, häufigem Säbelraseln und militärischem Ausbau in Osteuropa bestehen.

Russland, der Aufschwung des Populismus und der Westen: Feinde im Innern?

Neben den anhaltenden militärischen Reibereien in Ost- und Nordeuropa haben auch Russlands offenkundige Versuche, sich in die Angelegenheiten des Westens einzumischen, zunehmende Besorgnis ausgelöst. Das gilt vor allem für den Einsatz versteckter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Verbindungen des Putin-Regimes zu unterschiedlichen »gegen das Establishment« gerichteten, oft rechtsradikalen politischen Gruppen in Europa, um die geschlossene Haltung der westlichen Bündnisse zu unterminieren. In der Tat scheint die Welle des Populismus, von der Europa offenkundig erfasst wird – zu erkennen am Brexit-Votum im Juni und der offensichtlich zunehmenden Unterstützung für populistische Kräfte in Frankreich (Front National) und in Deutschland (AfD) – Russlands gegenwärtige Position gegenüber Europa zu stärken. Im Gefolge der viel diskutierten und kontroversen Rolle Russlands bei den US-Präsidentenwahlen sind Befürchtungen laut geworden, dass Russland möglicherweise Einfluss auf die anstehenden Wahlen in Frankreich im April und in Deutschland im September nehmen könnte. Diskutiert werden auch die Implikationen eines möglichen Sieges prorussischer Präsidentschaftskandidaten in Frankreich (sei es nun Marine LePen oder François Fillon) auf die europäische Position gegenüber Russland. Viele meinen jedoch, dass das für Russland günstigste Ereignis des Jahres die Wahl Donald Trumps zum Präsi-

denten der USA war. Angesichts der Art und Weise, in der sich der Präsidentschaftswahlkampf abspielte, dürfte in den USA das Schreckgespenst Russland noch für einige Zeit nachhallen, vor allem wegen angeblich von Russland unternommener Hackerangriffe auf die Sicherheitssysteme des »Democratic National Committee« und die Veröffentlichung der gehackten E-Mails durch »WikiLeaks«. Thomas Rid (Department of War Studies des King's College London) meint, dass dies ein Einsatz von *kompromat* (»kompromittierender Materialien«) gegen Hilary Clinton gewesen sei. Während die Geheimdienste, insbesondere die CIA und das FBI, weiterhin die genaue Natur und den Ursprung des Angriffs auf die Cybersicherheit diskutieren und Analytiker darüber streiten, inwieweit diese Angriffe eher pro Trump oder eher contra Clinton waren, lassen sich die Wahlen 2016 als jener Moment festhalten, in dem der »Russland-Faktor« in den USA an die Spitze der Tagesordnung zurückkehrte, selbst wenn dies auch nicht jahrelang anhalten sollte. Falls die Verstrickung des Kreml in den Cyber-Angriff zweifelsfrei bewiesen werden sollte, würde diese Aktion nicht ein besonders waghalsiges Vorgehen durch das Putin Regime bedeuten, sondern es würde auch sehr stark die Angst vor einer Bedrohung der Cyber-Sicherheit ausländischer politischer Institutionen durch Russland befeuern. Die Ausweisung von 35 russischen Diplomaten im Dezember wurde als Antwort auf eine angeblich von Russland organisierte Cyber-Attacke bezeichnet.

Auch die Wahl von Donald Trump könnte potentiell einen Wandel in der US-Politik gegenüber Russland signalisieren, wenn man sich die ernannten Berater Trumps vor Augen führt. Die Entscheidung für General Michael Flynn als Sicherheitsberater und für Rex Tillerson, den ehemaligen Präsidenten von »ExxonMobil« mit bekanntermaßen guten Verbindungen nach Russland, als Außenminister scheinen auf eine stärker prorussische Haltung als bei der Obama-Administration hinzuweisen. Während Putin in den USA viele Unterstützer unter den Konservativen und in der Alt-Right-Bewegung zu haben scheint, ist es in dieser Phase noch schwer zu sagen, ob die unerwartete, vielleicht aber aus russischer Sicht eher als Glücksfall zu betrachtende Wahl Trumps zu einem Aufblühen neuer Beziehungen zwischen Moskau und Washington führen wird. Allerdings ist hier Zurückhaltung mit einem Urteil angebracht, weil auch frühere Präsidenten ihre Amtszeit mit einem Versprechen von erneuerten Beziehungen zu Russland begonnen haben und diese Neustarts und vorübergehenden Aufschwünge bald wieder einbrachen.

Die Wahl Trumps, das Brexit-Votum und der Aufschwung populistischer Parteien und Bewegungen in verschiedenen Ländern Europas haben bewirkt, dass sich die Diskussion in Politiker- und Expertenkreisen am markantesten um den Aufschwung des Populismus im Wes-

ten bewegt. Einige haben in diesem Zusammenhang die Idee diskutiert, dass das Putin-Regime mit seiner Konzentration auf populistische und patriotische Politik auch in der globalen Machtpolitik eher eine neue Norm repräsentieren könnte als eine Ausnahme. Tatsächlich scheint es jetzt einen Schatten über dem Westen zu geben, nämlich die Sorge, dass wohletablierte Vorstellungen wie Globalisierung, Liberalismus und die gegenwärtige Konfiguration der Weltordnung von vielen Bürgern nicht mehr in dem früher angenommenen Maße unterstützt werden. Allerdings ist bei einem Vergleich des Populismus im Westen und dem in Russland Vorsicht angebracht.

Zum einen sind im Westen Populismus, Nationalismus und antiglobalistischer Eifer wohl eher ein Phänomen, das sich »von unten« her entwickelt und das Establishment überrascht hat. Eine solche Dynamik ist in Russland offensichtlich nicht gegeben. In Russland haben wir es mit einer gefährlichen Mischung aus Patriotismus, Revanchismus und antiwestlichen Haltungen zu tun, die sich aus einem von oben angestoßenen und vom Regime gesteuerten Prozess speist, der bei der Bevölkerung wohl auch auf Resonanz gestoßen ist, wenn man die hohen Zustimmungswerte für Putin zu Rate zieht.

Zum zweiten stehen den gegen das Establishment gerichteten Stimmungen des westlichen Populismus in Russland die antiwestlichen Haltungen im offiziellen Diskurs gegenüber. Wenn auch im Diskurs des Kreml diese antiwestlichen Haltungen in den letzten Jahren eine markante Rolle spielten, so bilden sie dennoch ein instabiles und – zumindest in ihren extremsten Strängen – potentiell vorübergehendes Narrativ, da das Regime weiterhin der Ansicht ist, dass die Beziehungen zum Westen geregelt werden könnten, falls und wenn der Westen beginnt, Russland ernst zu nehmen und es wieder als gleichberechtigten Partner zu behandeln. Hierbei weist die antiwestliche Haltung des Putin-Regimes nicht das gleiche Niveau einer Negierung des »Anderen« (z. B. des Establishments) auf, wie das bei populistischen Bewegungen im Westen zu Tage tritt. Drittens ist die Position des Putin-Regimes – trotz allen Geredes von Gegensanktionen, Importsubstitution und einer Erneuerung der russischen Wirtschaft – weder in ihrer Substanz eine antiglobalistische, noch vertritt sie im gleichen Maße einen Wirtschaftsnationalismus, wie das einige populistische Hardliner in Europa oder den USA tun. Während also das Regime in Russland, wie erwähnt, offensichtlich an Beziehungen zu populistischen Gruppen im Westen interessiert ist, bedeutet das nicht, dass die politischen Programme vollständig auf einer Linie liegen. Für Russland geht es bei diesen Verbindungen eher darum, kooperative Partner zu finden, um das zu unterminieren, was als das antirussische Establishment im Westen wahrgenommen wird, und weniger

darum, die Ausbreitung eines bestimmten Populismus russischer Prägung zu betreiben. Ähnlichkeiten zwischen dem Populismus im Westen und dem des Putin-Regimes bestehen vielmehr darin, dass beide ein hausgemachtes Phänomen sind, das sich aus lokalen Umständen ergeben hat. Hier unterscheiden sich – bei allen sonstigen Ähnlichkeiten, die da bestehen mögen – die Anziehungs- und Abstoßungskräfte, die die innere Entwicklung bestimmen ganz substantiell von einander. Es ist somit unwahrscheinlich, dass eine gemeinsame populistische Koalition entstehen könnte, zu der sowohl Russland als auch westliche populistische Kräfte gehörten.

Fortgesetzte Wendung nach Osten

Als Gegenstück zu den Spannungen mit dem Westen hat sich 2016 eine andere Entwicklung in der Außenpolitik Russlands fortgesetzt, nämlich der Ausbau von internationalen Partnerschaften, insbesondere hinsichtlich der sogenannten »Wendung nach Osten«. Über das Jahr hinweg sind die Beziehungen zu China weiter verstärkt und vertieft worden, ungeachtet des negativen und anhaltenden Nachhalls der russischen Intervention in der Ukraine und Russlands aktiver Einmischung in Syrien. China bleibt für Russland ein sehr wichtiger Verbündeter, auch wenn das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den beiden Ländern immer deutlicher hervortritt. Russland ist hier zunehmend Juniorpartner in Beziehungen, die sich mehr und mehr um Russlands Energielieferungen nach China drehen.

Darüber hinaus haben die Verwicklungen und Wendungen in den russisch-türkischen Beziehungen wieder Schlagzeilen bestimmt. Die Feindseligkeit nach dem Abschuss einer russischen SU-24 durch die türkische Luftwaffe im November 2015 ist innerhalb eines Jahres dahingeschmolzen. Der Durchbruch für verbesserte Beziehungen erfolgte im Juli nach dem Putschversuch in der Türkei, in dessen Folge Putin sich für eine Unterstützung Erdogans stark machte. Wenn auch beide Seiten anscheinend entschlossen sind, ihre Beziehungen wieder auf den richtigen Weg zu bringen, bleiben sie empfindlich gegenüber Erschütterungen, nicht nur strukturell, weil die beiden Länder im Syrien-Konflikt unterschiedliche Seiten unterstützen, sondern auch durch Einzelereignisse wie die tödlichen Schüssen auf Andrej Karlow, den Botschafter Russlands in der Türkei. Allerdings hat dieser Anschlag Russland und die Türkei nicht davon abgehalten, zum Ende Dezember eine Waffenstillstandsvereinbarung für Syrien auszuhandeln.

Die außenpolitische Konzeption Russlands von 2016

Gegen Ende des Jahres (am 30. November 2016) wurde eine neue »Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation« von Präsident Putin gebilligt. Andere Beobachter haben bereits darauf verwiesen, dass dieses Doku-

ment gegenüber den Vorgängern von 2008 und 2013 keine radikale Änderung darstellt, obgleich bei der Formulierung einiger Themen Unterschiede bestehen. Ein zentrales Thema, das die Konzeption durchdringt, ist die Stärkung von Russlands Position als ein Einflusszentrum in der heutigen Welt, mit besonderer Betonung der historischen Rolle des Landes. Das Dokument stellt die Unterschiede zwischen Europa und Eurasien heraus, betont daher weniger, dass Russland Teil einer weitergefassten europäischen Zivilisation sei, und stellt das Land vielmehr als einen unabhängigen Pol innerhalb des Systems internationaler Beziehungen dar. Die Schuld an globaler Instabilität wird den Regierungen im Westen zugewiesen, die andere einzudämmen suchten und dem internationalen System ihre Ansichten aufdrängen würden. Bemerkenswert ist auch, dass die neue Konzeption die Rolle und den Einsatz militärischer Stärke in internationalen Angelegenheiten unterstreicht. Gleichzeitig wird die Besorgnis angesichts globaler terroristischer Bedrohung, Massenvernichtungswaffen sowie hinsichtlich der Internet- und Informationssicherheit bekräftigt. Eine gewohnte Betonung wird auch auf die Rolle der Vereinten Nationen und das Völkerrecht gelegt, wobei Befürchtungen geäußert werden, dass die Prinzipien der Menschenrechte und der Schutzverantwortung eingesetzt würden, um »politischen Druck [auszuüben] und zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten [...], u. a. zum Zweck deren Destabilisierung und des Sturzes legitimer Regierungen« (Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation Genehmigt vom Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin am 30. November 2016 <http://www.mid.ru/en/foreign_policy/official_documents/-/asset_publisher/CptICkB6BZ29/content/id/2542248?p_p_id=101_INSTANCE_CptICkB6BZ29&_101_INSTANCE_CptICkB6BZ29_languageId=de_DE> [inoffizielle Übersetzung]). In der Tat scheint die sich wandelnde Weltlage, folgt man der Konzeption, die Politiker in Russland weiterhin sehr zu beschäftigen, wobei die Folgen der Globalisierung, die ungleiche Entwicklung, die Kluft zwischen Arm und Reich neben Auseinandersetzungen zwischen Kulturen als die wichtigsten Probleme ausgemacht werden, die globale Spannungen verursachen.

Auf regionaler Ebene wird den Beziehungen zu Belarus eine besondere Stellung eingeräumt, während die Ukraine nur zwei Mal erwähnt wird. Selbst dort spricht die Konzeption von einem »innerukrainischen Konflikt« oder von Russlands Interesse »an der Entwicklung vielfältiger politischer, wirtschaftlicher, kultureller und geistiger Bindungen zur Ukraine auf Basis des gegenseitigen Respekts und der Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen unter Wahrung ihrer [der Russischen Föderation; d. Red.] nationalen Interessen« (s. »Kon-

zeption ...«, Abs. 56). Darüber hinaus wird der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) die gewohnte Bedeutung als zentrale institutionelle Instrumente für die Region zugeschrieben, in geringerem Maße gilt das für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Bei den Beziehungen zum Westen wird diesem die Schuld an der anhaltenden Krise im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen zugewiesen, während Russland keineswegs Trennlinien in Europa schaffen wolle. Während die Sanktionen kaum erwähnt werden, wird die EU weiterhin als wichtiger wirtschaftlicher und außenpolitischer Partner für Russland beschrieben. Besondere Betonung komme den bilateralen Beziehungen zu Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien zu. Die Beziehungen zu den USA werden weniger benannt, da das Dokument vor Donald Trumps Wahl zum Präsidenten ausgearbeitet worden war, zu einem Zeitpunkt, als Clintons Wahlsieg am wahrscheinlichsten schien und daher in den Beziehungen eine Fortsetzung der bisherigen Tendenzen zu erwarten war. Gleichwohl wird festgehalten, dass Russland »an gegenseitig vorteilhaften Beziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika interessiert« sei (s. »Konzeption...«, Abs. 72), allerdings nur, wenn diese ihren hemmenden Kurs aufgeben. Viel Betonung wird auf Russlands Wendung nach Osten gelegt, und zwar sowohl im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), des Ostasien-Gipfels (EAS), des ASEAN-Regionalforums (ARF) und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum, als auch in den sehr wichtigen Beziehungen zu China. Die Zusammenarbeit mit China wird als eine bezeichnet, die eine Vielzahl von Themenbereichen abdeckt, wobei Russland »die Übereinstimmung grundsätzlicher Herangehensweisen beider Staaten zur Lösung von Grundfragen der Weltpolitik [...] als einen der grundlegenden Aspekte der regionalen und globalen Stabilität« betrachtet (s. »Konzeption...«, Abs. 84). In Bezug auf Syrien betont das Dokument Russlands anhaltende Unterstützung des Status quo, indem es festhält, dass Russland die »Einheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Arabischen Republik Syrien als säkularen, demokratischen und pluralistischen Staat [unterstützt, in dem] die Vertreter aller ethnischen und konfessionellen Gruppen in Frieden und Sicherheit leben und gleiche Rechte und Möglichkeiten genießen [...]« (s. »Konzeption...«, Abs. 93).

Insgesamt markiert die außenpolitische Konzeption 2016 keinen radikalen Wandel für die Außenpolitik des Landes. Angesichts der zunehmenden Regelmäßigkeit, mit der in den vergangenen Jahren neue Konzeptionen vorgelegt wurden, und angesichts der Veränderungen in Russlands Beziehungen zu den USA und deren europäischen Partnern, zu denen es in näherer Zukunft potentiell kommen könnte, dürfte die Konzeption von 2016 schnell obsolet werden.

Ausblick

2016 ist insgesamt für die Außenpolitik Russlands ein bemerkenswertes Jahr gewesen. Einige der Risiken, die sie eingegangen ist, könnten sich, wie es aussieht, auszahlen. Allerdings wird erst die Zeit zeigen, ob dem wirklich so ist. Derzeit ist unklar, ob die Wahl Donald Trumps zu einem tatsächlichen Tauwetter in den Beziehungen zu den USA führen wird. Ebenso ist noch nicht erkennbar, ob eine politische Neukonfigurierung in Europa erstens voranschreiten wird, und ob zweitens Europa sich dadurch in eine stärker prorussische Richtung bewegt, oder ob dies drittens wenigstens ein Ende oder eine Lockerung des anhaltenden Sanktionsregimes bedeutet. Mit anderen Worten: Es bleibt abzuwarten, ob Russland in näherer Zukunft wieder aus der Kälte zurückkehren und eingebunden werden kann.

Andererseits hat es den Anschein, als ob die populistische und patriotische Rhetorik des Putin-Regimes nicht mehr so sehr im Widerspruch zur allgemeineren Entwicklung im Westen steht. 2016 war auch ein Jahr, in dem sich die Aufmerksamkeit des Westens zunehmend nach innen wandte, in dem die EU weiterhin versuchte, mit den Folgen des Brexit, dem Aufschwung des Populismus und einer potentiellen, wenn auch unwahrscheinlichen Entgleisung des europäischen Projektes fertig zu werden. Das Establishment in den USA versucht derweilen, die Bedeutung von Trumps Wahlsieg zu begreifen. Unter diesen Umständen ist eine der zentralen Fragen, ob der Westen die Zeit, die Energie und den Raum hat, sich neben all der allgemein neuen politischen Kräfte und innenpolitischen Konstellationen mit der Russland-Frage auseinanderzusetzen. In gleichem Maße sind auch für Russland die zentralen Fragen innenpolitischer Natur, nämlich die stockende Wirtschaft, die 2018 anstehenden Präsidentschaftswahlen sowie die Sicherheit und das weitere Überleben des Putin-Regimes.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

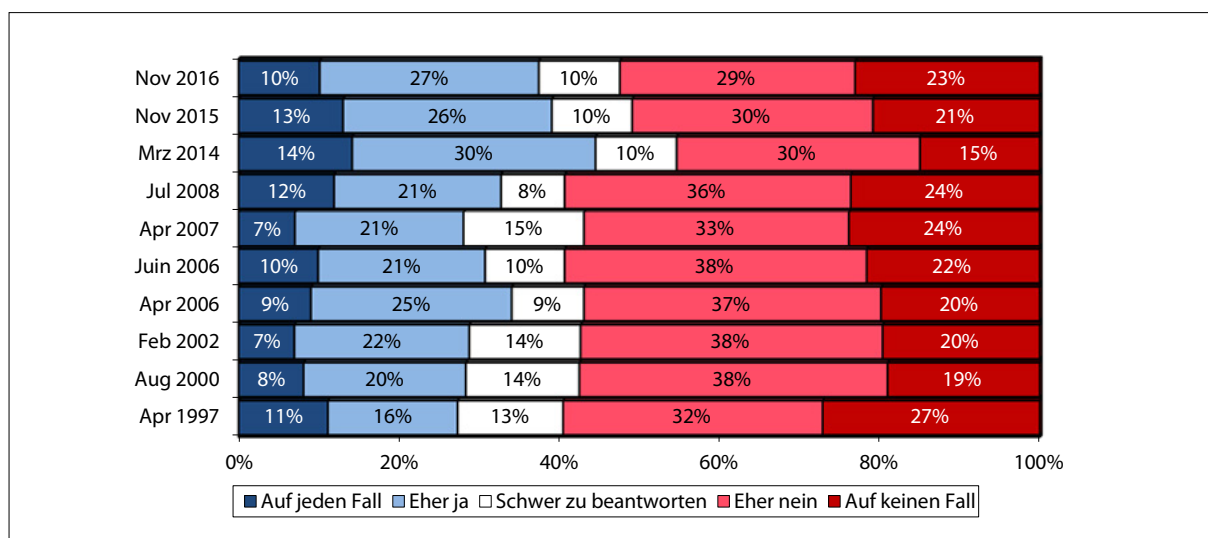
Über die Autorin

Aglaya Snetkov ist Senior Researcher am Center for Security Studies (ETH Zürich) und Redakteurin beim *Russian Analytical Digest*. Zu ihren jüngsten Veröffentlichungen gehört die Monographie »Russia's Security Policy under Putin: a critical perspective« (London: Routledge 2015).

UMFRAGE

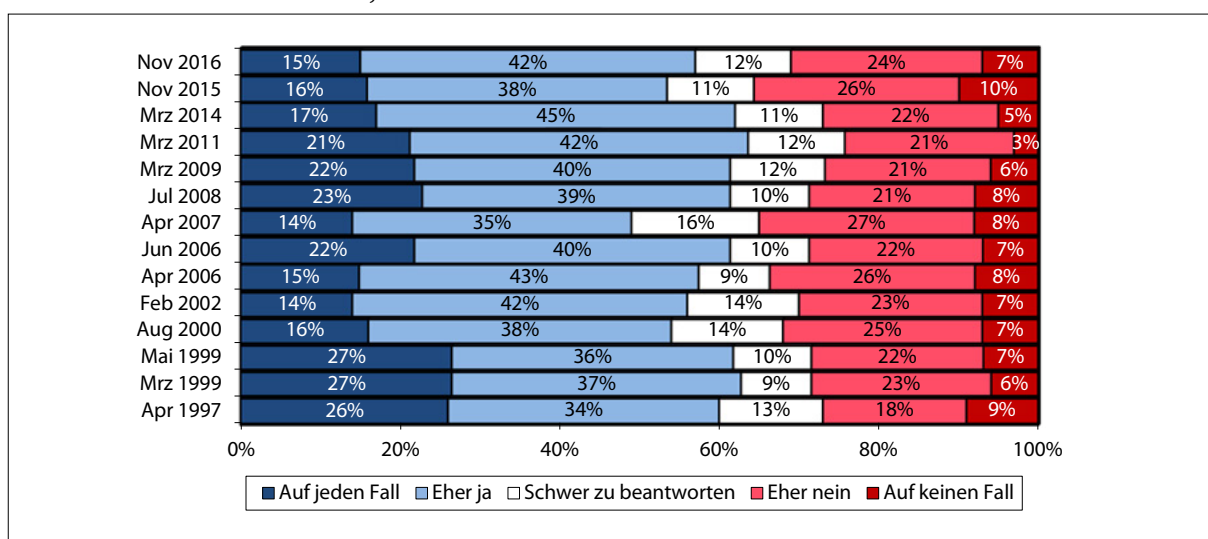
Internationale Beziehungen

Grafik 1: Was denken Sie, haben die Länder des Westens, die Teil des Nato-Blocks sind, Anlass sich vor Russland zu fürchten?



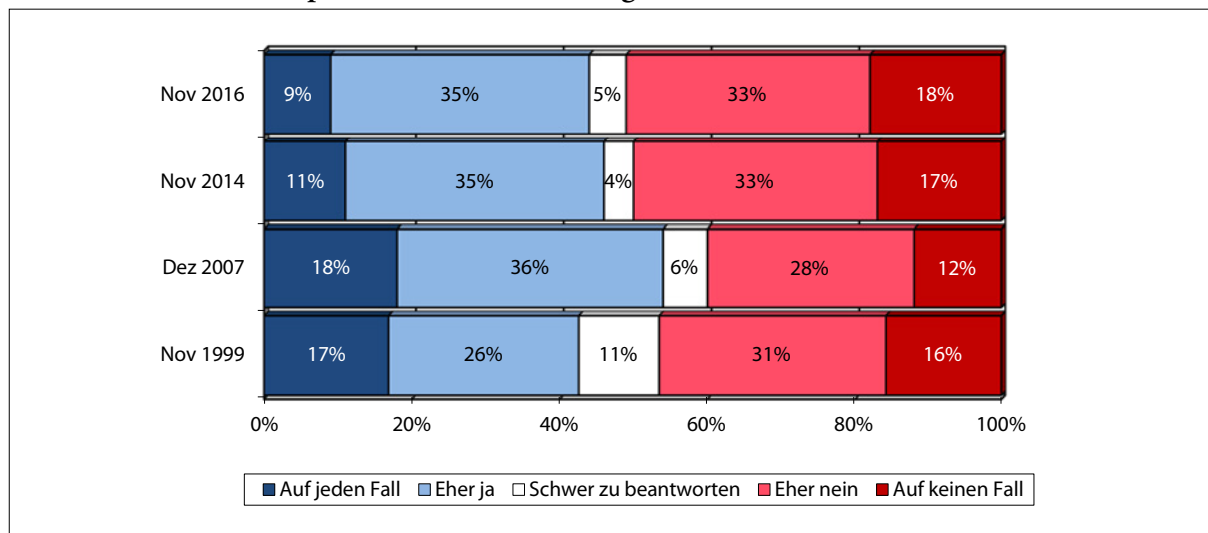
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November 2016, <<http://www.levada.ru/2016/11/29/rossiya-i-zapad-2/>>, 29. November 2016

Grafik 2: Was denken Sie, hat Russland Anlass, sich vor den Ländern des Westens, die Teil des Nato-Blocks sind, zu fürchten?



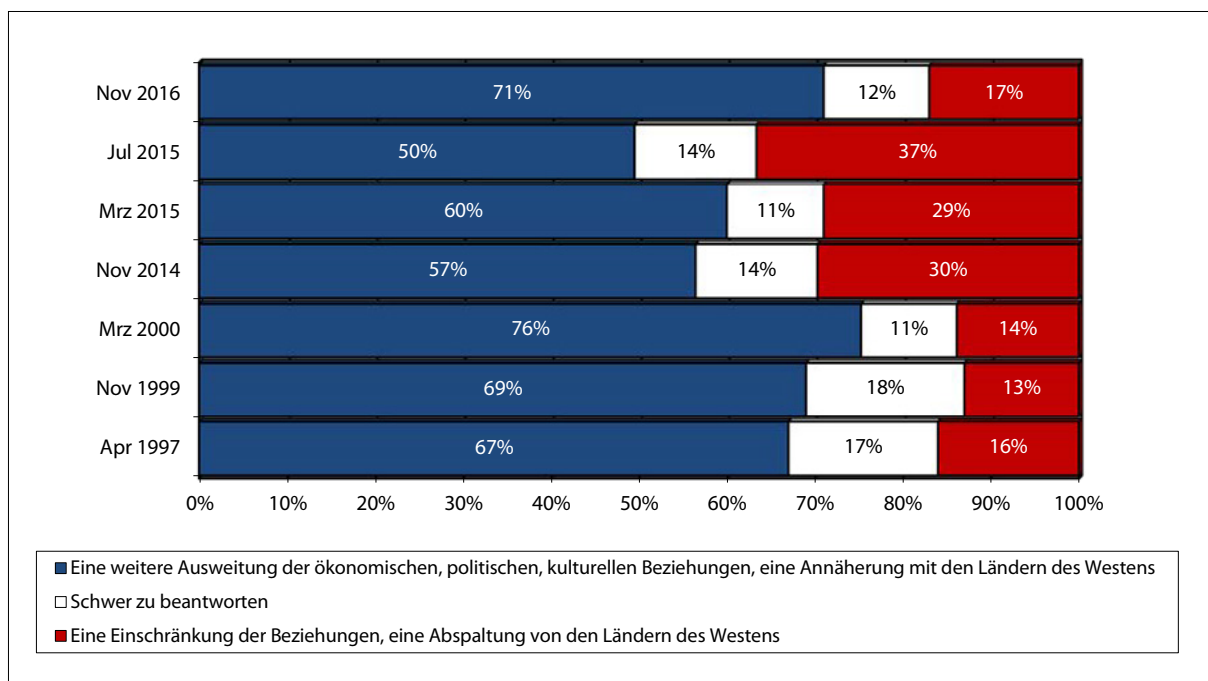
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November 2016, <<http://www.levada.ru/2016/11/29/rossiya-i-zapad-2/>>, 29. November 2016

Grafik 3: Ist es für Sie persönlich von Bedeutung, was der Westen über Russland denkt?



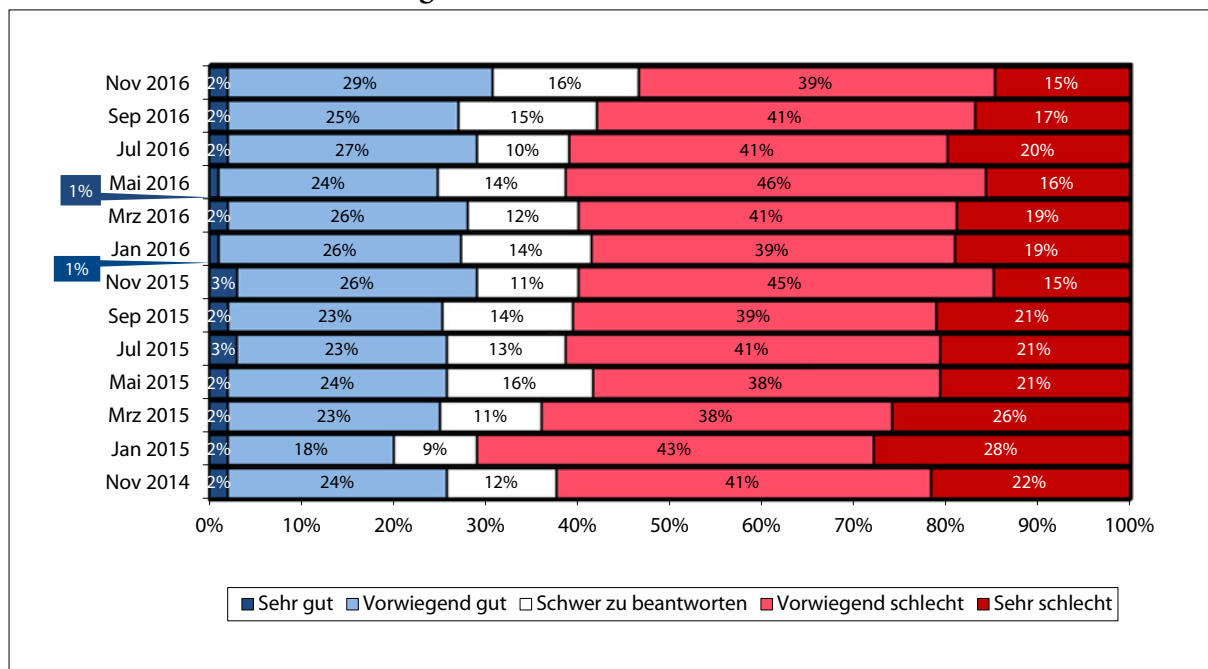
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November 2016, <<http://www.levada.ru/2016/11/29/rossiya-i-zapad-2/>>, 29. November 2016

Grafik 4: Welche Regierungspolitik gegenüber den Ländern des Westen würden Sie am ehesten unterstützen?



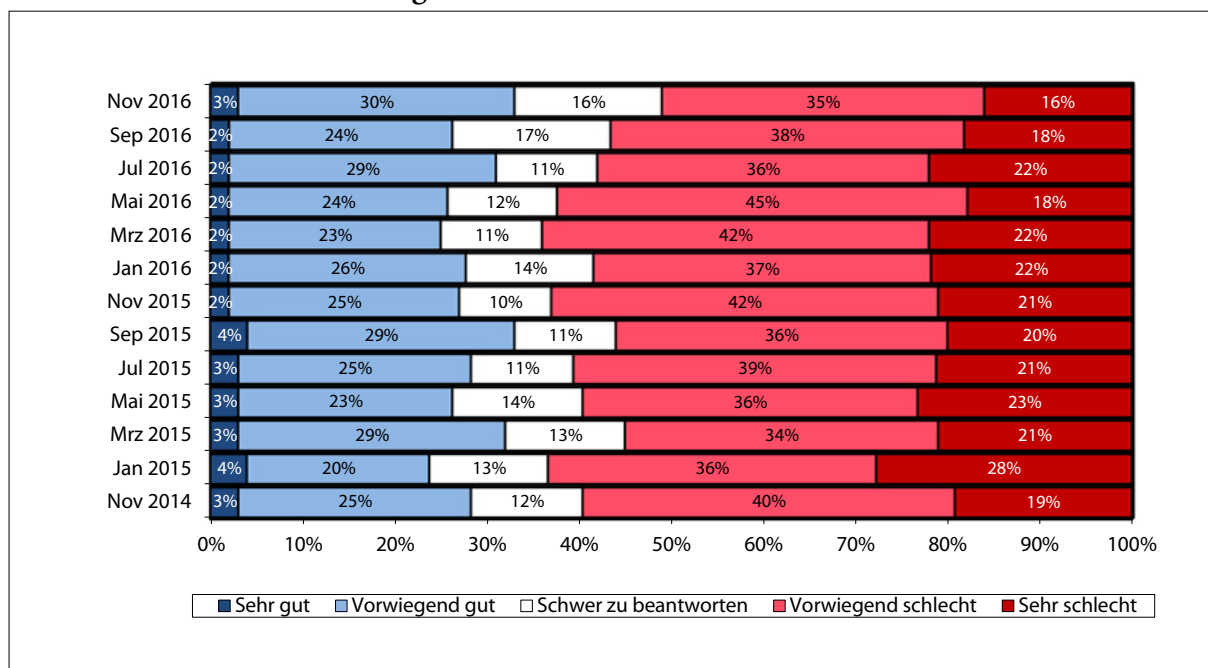
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November 2016, <<http://www.levada.ru/2016/11/29/rossiya-i-zapad-2/>>, 29. November 2016

Grafik 5: Wie stehen Sie im Allgemeinen zur EU?



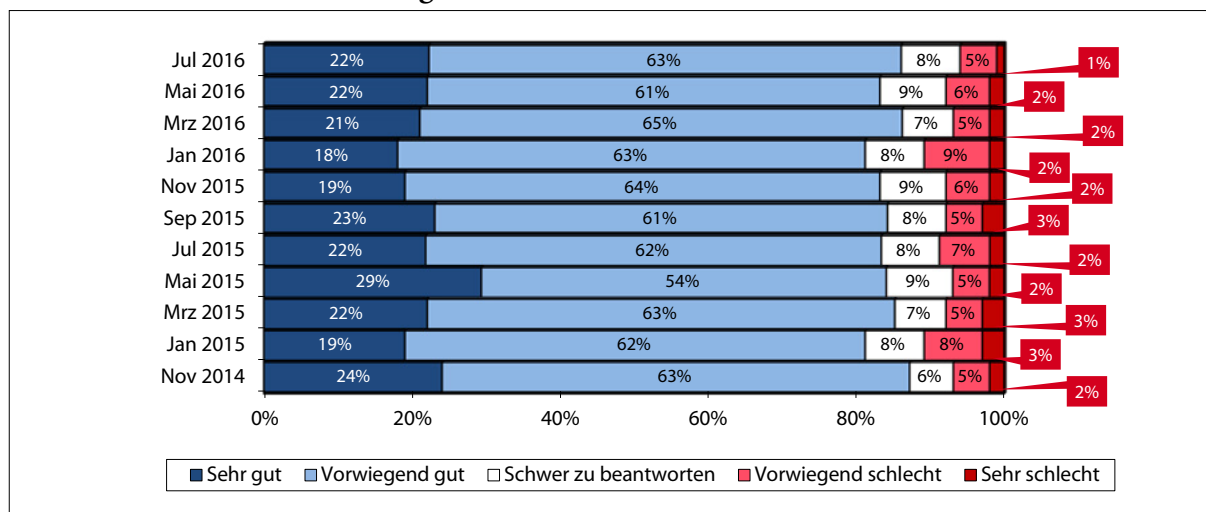
Quelle: Umfrages des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November 2016, <<http://www.levada.ru/2016/11/29/mezhdunarodnye-otnosheniya-4/>>, 29. November 2016

Grafik 6: Wie stehen Sie im Allgemeinen zur Ukraine?



Quelle: Umfrages des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November 2016, <<http://www.levada.ru/2016/11/29/mezhdunarodnye-otnosheniya-4/>>, 29. November 2016

Grafik 7: Wie stehen Sie im Allgemeinen zu Belarus?



Quelle: Umfragedes Lewada-Zentrums vom 18.–21. November 2016, <<http://www.levada.ru/2016/11/29/mezhdunarodnye-otnosheniya-4/>>, 29. November 2016

ANALYSE

Die Wirtschaft Russlands 2016

Philip Hanson, London

Zusammenfassung

Die Wirtschaftsleistung ist in Russland 2016 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen, mit der Aussicht auf eine schleppende Erholung im Jahr 2017. In diesem Beitrag wird der Zustand der Wirtschaft mit dem im Westen verglichen. Dabei werden die wichtigsten Wirtschaftsmerkmale aus dem Jahr 2016 betrachtet und die Aussichten für 2017 abgeschätzt.

Fragen über Fragen ...

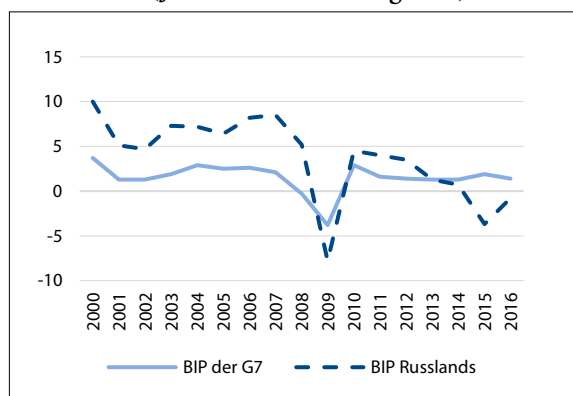
Russland war 2016 wirtschaftlich in einem schlechteren Zustand als die entwickelten Länder des Westens. Und das will etwas heißen. Die weltweite Wirtschaftskrise und deren Nachwirkungen haben sowohl Russland, als auch den Westen getroffen, allerdings nicht in gleichem Maße oder auf gleiche Weise. Was ist das Spezifische der aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Russlands? Warum gibt es solche Sorgen vor einer »Stagnation«? Wie hat die russische Wirtschaftspolitik auf die Krise reagiert? Welche Aussichten gibt es für die Zukunft?

Ost-West-Perspektive

Seit Mitte 2014 wurde erneut Russlands wirtschaftliche Verwundbarkeit gegenüber sinkenden Ölpreisen deutlich. Die Sanktionen des Westens haben die Schwierig-

keiten des Landes zusätzlich verstärkt. 2015 und 2016 ist die Wirtschaft Russlands geschrumpft. In den Staaten der G 7 hingegen stieg die Wirtschaftsleistung zwar schleppend, aber anhaltend. Das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte 2016 im Jahresvergleich um mindestens ein halbes Prozent geschrumpft sein. Das bedeutete bereits eine Verbesserung: 2015 hatte der Rückgang noch 3,7% betragen. Nach 2012 hatte sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt, während der Ölpreis noch hoch war. Der Kontrast zu den hohen Wachstumsraten der Jahre 1999–2008 war groß. Seinerzeit hatte das russische Wirtschaftswachstum das des Westens bei weitem übertroffen (s. Grafik 8). Daher wird auch weniger von Rezession als von Stagnation (russ.: »stagnazija«) gesprochen: Russische Politiker müssen feststellen, dass der Anteil ihrer Nation an der glo-

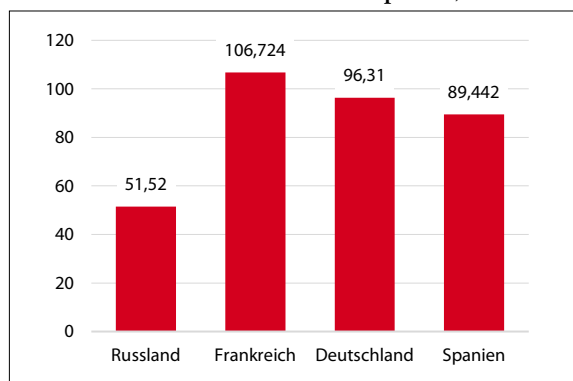
Grafik 8: Russland und die G 7: Reales BIP-Wachstum 2000–2016, 2016 geschätzt (Jährliche Veränderung in %)



Quellen: Datenbank des IMF World Economic Outlook, Oktober 2016

balen Wirtschaftsleistung seit 2012 abnimmt und die Wirtschaft gegenüber dem entwickelten Westen nicht mehr aufholt, selbst in Zeiten, da das westliche Wirtschaftssystem in Schwierigkeiten steckt. Und es gibt viel aufzuholen, wie Grafik 9 verdeutlicht. Russland als

Grafik 9: Russland, Frankreich, Deutschland und Spanien: BIP pro Beschäftigten 2015 (in Tsd. US-\$, aktuelle Internationale Dollars bei Kaufkraftparität)



Quellen: Datenbank des IMF World Economic Outlook, Oktober 2016; Rosstat

mittelmäßig entwickeltes Land sollte in der Lage sein, mittelfristig schneller zu wachsen als die entwickelten Volkswirtschaften. Es hat einen technologischen Rückstand aufzuholen, und ein gutes Bildungsniveau. Die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter schrumpft zwar, nicht aber die Gesamtbeschäftigung. Unabhängig davon könnten Investitionen in Forschung und Entwicklung wie auch in physisches und Humankapital eine fehlende Zunahme des Arbeitskräfteeinsatzes zum Teil wettmachen. Solche Investitionen werden aber nicht getätigt,

aus Gründen, die später betrachtet werden sollen. Die Sorge vor einer *stagnazija* wird dadurch genährt, dass in den letzten Jahren der Abstand zu den entwickelten Ländern des Westens nicht verringert werden konnte, und dadurch, dass eindeutig jedwede Aussicht hierauf fehlt. Russland könnte durchaus zu Wachstum zurückfinden. Wenn das aber ein langsames Wachstum wäre, das nicht einmal den Anteil des Landes an der globalen Wirtschaftsleistung aufrecht erhielt, würde es in Russland im politischen Diskurs als *stagnazija* wahrgenommen.

Die Entwicklung im Jahr 2016

In diesem Jahr ist die Wirtschaftstätigkeit, wie gesagt, erheblich weniger stark zurückgegangen als im Vorjahr. Die Inflation bei den Verbraucherpreisen wird geringer ausfallen: Am Jahresende 2016 dürfte mit 5,8% eine erhebliche Verbesserung gegenüber den 12,9% vom Dezember 2015 stehen.

Im vergangenen Jahr 2016 haben Regierungsmitglieder wiederholt von Anzeichen gesprochen, dass die Rezession zu Ende gehe. Bislang hat sich der Rückgang zwar verlangsamt, ist aber nicht beendet.

Tabelle 1: Russland: Wirtschaftsindikatoren in den ersten zehn Monaten 2016 (Veränderung zum Vorjahr in %, wenn nicht anders angegeben)

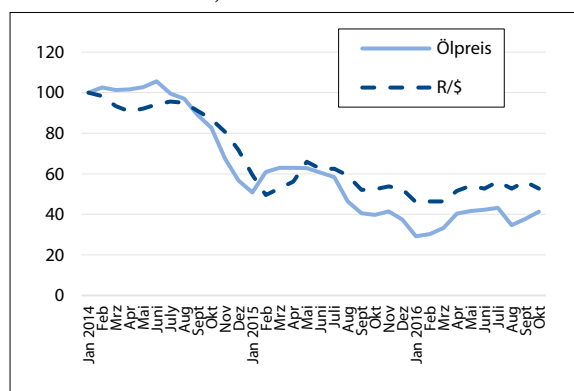
BIP	-0,8
Industrieproduktion	0,3
Bauwesen	-5,0
Reallöhne	0,5
Einzelhandelsverkäufe	-5,3
Getreideernte	15
Arbeitslosigkeit (in % am Ende der Periode)	5,2
Zahlungsbilanz, aktueller Stand (Mrd. US-\$)	16,0
Zahlungsbilanz: Nettokapitalfluss (Mrd. US-\$)	-10,4

Quellen: Alfa Bank; Zentralbank der Russischen Föderation

Mit der sinkenden Inflation haben die Reallöhne wieder angezogen. Andererseits befinden sich die privaten Haushalte im Sparmodus. Sie sparen eher, als dass sie Kredite aufnehmen. Die Verkäufe im Einzelhandel sind weiterhin unter Druck. Der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit 2015–2016 fällt insgesamt mit etwas mehr als 4% milder aus, als der im Jahr 2009 (7,8%), ist aber länger anhaltend und hat stärkere Auswirkungen auf den Konsum der privaten Haushalte. Günstiges Wetter hat 2016 zu einer Rekordernte beigetragen, allerdings sind solche guten Nachrichten selten. Was sind die unmit-

telbaren Gründe für dieses Durcheinander? Einige sind externer Natur. Der Ölpreis bleibt, auch wenn er sich nicht mehr im Sturzflug befindet, auf einem Niveau, das weit unter dem der jüngeren Vergangenheit liegt. Der Rubelkurs liegt weit unter dem Niveau von 2013 oder Anfang 2014, wenn auch seine Volatilität zusammen mit der des Ölpreises zurückgegangen ist. Die enge Verknüpfung von Ölpreis und dem Rubelkurs gegenüber dem US-Dollar wird in Grafik 10 dargestellt (die einfache Korrelation zwischen den beiden Reihen dort beträgt 0,953).

Grafik 10: Ölpreis (Sorte Brent) und Wechselkurs Rubel – US-Dollar, 1. Januar 2014 bis 1. Oktober 2016 (Monatlich, 1. Januar 2014 = 100, Wechselkurs in US-Cent / Rubel)

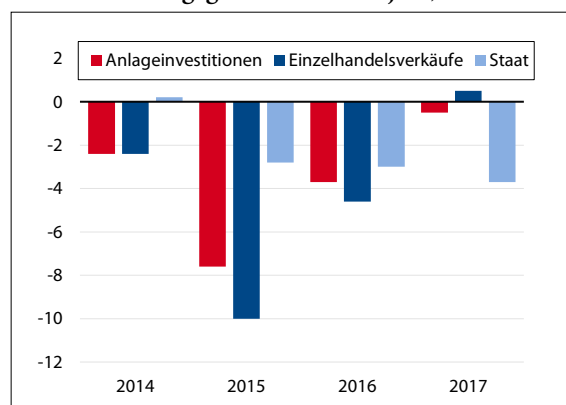


Quellen: Zentralbank der Russischen Föderation und *euroinvestor.com*

Die Sanktionen schränken weiterhin den Zugang staatlicher und kommerzieller russischer Akteure zu externen Finanzquellen ein, wodurch wohl rund 0,5 % jährliches BIP-Wachstum verloren gehen. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Länder, mit denen Russland Handel treibt (gewichtet nach ihrem Anteil am russischen Export) beträgt rund 2%. Die Außenwelt wird also kaum Rettung bringen.

Die Binnennachfrage ist schwach und wird, wenn überhaupt, wahrscheinlich nur langsam anziehen. Die Anlageinvestitionen, die gemessen an den Standards »aufholender« Länder nie groß waren, hatten 2013 stagniert und sind seitdem zurückgegangen. Die Konsumnachfrage wurde von einer Phase zurückgehender Realeinkommen in der Bevölkerung getroffen. Dieser Rückgang war vor allem auf den Anstieg der Inflation zurückzuführen, der durch steigende Importpreise bei fallendem Rubelkurs verursacht wurde. Die derzeitigen Staatsausgaben sind Opfer eines Sparzwangs, der sich jetzt sogar auf die Militärausgaben erstrecken soll (s. Grafik 11).

Grafik 11: Indikatoren für die Binnennachfrage in Russland 2014–2017 (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)



Quellen: Rosstat; Wirtschaftsministerium; für »Staat« 2016 und 2017: Schätzung des Autors

Probleme im Inneren

Russland ist ganz offensichtlich in einen waschechten Sturm geraten, der vor allem aus fallenden Ölpreisen besteht. Allerdings haben die Probleme mit dem BIP-Wachstum und den Investitionen bereits vor der Annexion der Krim und dem Rückgang der Ölpreise eingesetzt. Das Wirtschaftswachstum hatte 2010/2011 nicht mehr die Werte von 1999–2008 erreicht und sich dann weiter verlangsamt. Was hatte sich geändert?

Der Ölpreis befand sich zwar auf einem historischen Höchststand, stieg aber nicht mehr so stark. Die Beschäftigung stockte. Die Rolle des Staats in der Wirtschaft schien tendenziell größer zu werden und der Abfluss privaten Kapitals lag zwar unter dem Panikniveau von 2014 (152 Milliarden US-Dollar), blieb aber beträchtlich. Unter diesen Umständen könnten die Schwächen des Systems, die stets vorhanden gewesen waren, deutlicher zum Tragen gekommen sein, als bestimmte konkrete Hindernisse für Wirtschaftswachstum.

Eine wesentliche Rolle könnte hier die Schwäche der Rechtsstaatlichkeit spielen. In der Regel enthält jedes Rezept zur Stärkung der russischen Wirtschaftsleistung einen Hinweis auf eine Verbesserung des Geschäftsklimas. Es scheint hier ein allgemein anerkanntes Problem bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu geben. Worin genau es besteht, bleibt oft eher unbestimmt. Gesprochen wird von mehr staatlicher Unterstützung für kleine Unternehmen, Steuererleichterungen und von einer Lichtung des Behördenschungels. Manchmal werden Reformen bei Polizei und Justiz genannt, allerdings für gewöhnlich ohne eingehendere Darstellung der Einzelheiten. Der Elefant aber, der im Raum steht und den niemand zu bemerken scheint, das ist das Kapern von Vermögenswerten. Mit den Worten

von Julia Zeplajewa von der »Sberbank«: »Von welcher Art [Steuer-]Erleichterungen und Anreizen soll hier die Rede sein, wenn es jederzeit geschehen kann, dass sich ein Beamter oder Funktionär Ihr Unternehmen unter den Nagel reißt« (»Wedomosti«; 9. Mai 2016).

Das Problem besteht darin, dass Konkurrenten eines Unternehmens, die über gute Beziehungen zu korrupten Mitarbeitern der Sicherheits- und Gerichtsbehörden verfügen, dafür sorgen können, dass der Haupteigentümer des betroffenen Unternehmens aufgrund fingierter Beschuldigungen – meist wegen »Wirtschaftsstrafaten« – präventiv festgenommen wird, und die Konkurrenten sich dann zum Teil oder ganz die Kontrolle über das Unternehmen ihrer Opfer sichern – als Gegenleistung für deren Freilassung. Die Anzahl der »aufgedeckten« Wirtschaftsstrafaten wird oft als annäherungsweise Indikator für das Ausmaß angenommen, in dem Unternehmen gekapert werden. Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen hat es hier einen Anstieg gegeben. Die Anzahl der vom FSB ermittelten Fälle ist von 1.586 im Jahr 2012 auf 2.926 im Jahr 2015 und auf 1.988 in der ersten Jahreshälfte 2016 gestiegen (Nikolaj Petrow und Kirill Rogow in »The New Times«, 14. November 2016; <<http://newtimes.ru/stati/temyi/konsolidacziya-silovoj-vertikali.html>>).

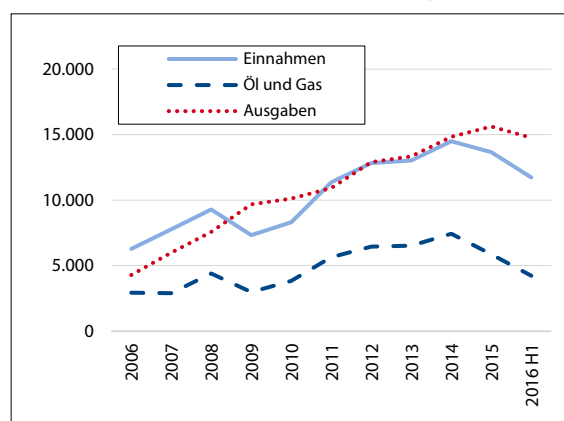
Dieses Element der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Russland schreckt viele davon ab, Unternehmen zu gründen und auszubauen, und trägt somit dazu bei, dass die Investitionen relativ gering bleiben. Wenn sich dieses Phänomen verschärft haben sollte, dürften die Auswirkungen noch schädlicher ausfallen.

Politik in der Krise

Wie auch immer es um die institutionellen Schwächen bestellt sein mag, die Wirtschaftspolitik im makroökonomischen Bereich ist – zum Guten wie Schlechten – in einem westlichen, liberalen Sinne orthodox gewesen. Die Zentralbank der Russischen Föderation hat den Rubel im November 2014 treiben lassen und in ihrer Politik einen Schwenk von einer Konzentration auf den Wechselkurs hin zum Erreichen von Inflationszielen vorgenommen. Es stimmt zwar, dass der Rubelkurs abrupt gesunken und die Inflation nach oben geschneilt ist, doch schmolzen die Devisenreserven nicht mehr dahin und die Inflation der Verbraucherpreise hat sich dem von der Zentralbank für Ende 2017 ausgegebenen Ziel von 4 % genähert. Die Zentralbank hat die Zinssätze erheblich oberhalb der Inflationsrate gehalten (der wichtigste Zinssatz lag Ende 2016 bei 10 %, während der Anstieg der Verbraucherpreise bei 6 % lag und im Sinken begriffen war). Das wird von den Unternehmen nicht gern gesehen; doch bislang hat Putin der Vorsitzenden der Zentralbank, Elwira Nabiullina, seine Unterstützung gewährt.

Auch die Fiskalpolitik lässt sich als orthodox bezeichnen. Am 28. Oktober 2016 hat die Regierung dem Parlament den Entwurf für den föderalen Haushalt 2017 sowie die Haushaltspläne für 2018 und 2019 vorgelegt, die (real bemessen) Ausgabenkürzungen vorsahen. Die Ausgaben waren bereits im Lauf des Jahres 2016 gekürzt worden. Die aktuellen Haushaltspläne basieren auf der vom Finanzministerium intensiv vertretenen Annahme, dass der Ölpreis für die Sorte »Urals« bis 2018 im Schnitt bei 40 US-Dollar pro Barrel liegen werde. Wie Grafik 12 verdeutlicht, ist der Ölpreis für die Einnahmen des föderalen Haushalts von entscheidender Bedeutung.

Grafik 12: Föderaler Haushalt Russlands: Gesamteinnahmen und -ausgaben sowie Öl- und Gaseinnahmen 2006–16 (Milliarden Rubel, aktuelle Preise)



Anmerkung: Die Zahlen für das erste Halbjahr 2016 sind durch Verdoppelung grob aufs Jahr hochgerechnet worden. Quelle: Finanzministerium der Russischen Föderation

Die Haushaltspläne könnten allerdings weniger sicher sein, als das geldpolitische Programm der Zentralbank. In der Tat zählt Elwira Nabiullina die Haushaltspolitik zu einer der Unwägbarkeiten, mit denen die Zentralbank zu kämpfen habe. Die Haushaltskürzungen sind kontrovers gewesen und haben Berichten zufolge zu wütenden Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung geführt.

2018 stehen Präsidentschaftswahlen vor der Tür und Ministerpräsident Medwedew hat bereits erklärt, dass die Ausgabenbeschränkungen revidiert werden könnten, falls die Ölpreise über die Haushaltsannahme von 40 US-Dollar pro Barrel hinaus ansteigen sollten. Kurz gesagt, die Haushaltspolitik verfolgt einen Sparkurs, ist aber wie auch in anderen Ländern, die eine »fiskale Konsolidierung« anstreben, eine Politik im Belagerungszustand.

Ausblick

2017 dürfte eine neue Wirtschaftsstrategie zu Tage treten und diskutiert werden. Sie wird wohl kaum kohä-

rent sein. Falls doch, und falls sie sich erheblich von den derzeit geltenden Vorgehensprinzipien unterscheidet, so ist es unwahrscheinlich, dass sie auch verabschiedet und umgesetzt wird. Zwei Gruppen – eine vom ehemaligen Finanzminister Alexej Kudrin angeführte »liberale« und eine etatistisch ausgerichtete unter der Führung von Boris Titow und Sergej Glasjew – arbeiten an eigenen Programmen, die dann zu einer Gesamtstrategie zusammenzuführen wären, die auf ein Wirtschaftswachstum von jährlich rund 4% abzielt. Die Gruppe um Kudrin befürwortet einen Sparkurs, die Gruppe um Titow und Glasjew steht für Anreize. Es ist nur schwer vorstellbar, wie hieraus ein gemeinsamer Plan mit Substanz entstehen kann. Beide Gruppen erklären, sie wollten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern. Eine Bewegung in Richtung Rechtsstaat aber, die ohne grundlegenden politischen Wandel unternommen wird, dürfte schwierig werden.

Es wird wohl eine allmähliche Erholung beim Konsum und eine anhaltend positive Handelsbilanz geben (selbst ohne einen nachhaltigen Anstieg des Ölpreises). Die finanziellen Reserven könnten – betrachtet man die

gegenwärtigen Haushaltspläne – gerade eben so reichen, während das Defizit des föderalen Haushalts von den 4% im Jahr 2016 zurückgehen dürfte. Der Reservefonds wird im Laufe von 2017 wohl nahezu vollständig in Anspruch genommen werden; allerdings steht noch der nationale Wohlfahrtsfonds mit weiteren Reserven von rund 4% des BIP zur Verfügung. Die bemerkenswerte »Privatisierung« von »Baschneft« durch die staatliche »Rosneft« und eine weitere Privatisierung durch den Verkauf von 19,5% der Anteile von »Rosneft« an einen katarischen Wohlfahrtsfonds und an »Glencore« könnten hilfreich sein, wie zwielichtig die Prozesse auch sein mögen. Die öffentlichen Finanzen werden vermutlich irgendwie über die Runden kommen

Es wird weithin mit einer langsamen Erholung der Wirtschaftsleistung und einem Anstieg des BIP um 1% gerechnet. Niemand kann den Ölpreis vorhersagen, doch könnte der sehr wohl günstiger ausfallen, als im Haushaltsplan angenommen. Das würde zwar bei der Bewältigung der drängendsten Probleme helfen, das langfristige Problem des nur zögerlichen Wachstums aber ungelöst lassen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schöder

Über den Autor

Philip Hanson ist Associate Fellow des Russland- und Eurasien-Programms bei Chatham House.

AUS RUSSISCHEN BLOGS

»Er schlägt mich, also liebt er mich«.

Zur Lockerung der Strafbestimmungen gegen häusliche Gewalt

Sergej Medvedev, Berlin

Am 27. Januar hat das russische Parlament in der dritten Lesung ein Gesetz zur Lockerung der Strafbestimmungen gegen häusliche Gewalt verabschiedet. Schläge in der Familie gelten nun in Russland nurmehr als Ordnungswidrigkeit, wenn es zum ersten Mal geschieht und das Opfer keine Verletzungen erleidet. Der Wiederholungsfall wird nach wie vor strafrechtliche Folgen bis hin zum Freiheitsentzug haben. Für die umstrittene Gesetzesänderung stimmten 380 der anwesenden Abgeordneten. Drei stimmten dagegen. Der Kreml begrüßte die Entscheidung der Duma. Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, sagte dazu, die Schaffung starker Familien habe eine hohe Priorität für die Innenpolitik Russlands und »geringfügige Erscheinungen« solle man nicht als »häusliche Gewalt« einstufen. Die Debatte um die Abschaffung der Freiheitsstrafe für »Schläge in der Familie« läuft seit Juli 2016, nachdem die ehemalige Abgeordnete der Partei »Gerechtes Russland«, Jelena Misulina, die für ihre ultrakonservative Politik bekannt ist und u. a. 2012 das Gesetz »gegen homosexuelle Propaganda« initiiert hatte, sich für die Entkriminalisierung von »Ohrfeigen« in der Familie aussprach. Die Initiative scheiterte zunächst kurz vor der Sommerpause, wurde aber nach der Dumawahl von Olga Batalina wiederaufgenommen. Im Gastbeitrag bei der Zeitung »Iswestija« erklärt die Abgeordnete der Partei »Einiges Russland« den Sinn und Zweck der Gesetzesänderung. Ihr Hauptargument lautet, für Schläge gegen Verwandte seien höhere Strafen vorgesehen gewesen, als für dieselbe Tat gegen Nichtverwandte. Ihr Parteikollege Fedot Tumusow unterstützt die Initiative, da mit dem alten Gesetz eine hohe

Missbrauchsgefahr bestanden habe. Viele Experten fürchten dennoch, dass das neue Gesetz häusliche Gewalt als Verhaltensnorm weiter in Russland verfestigen wird. Der Blogger Ilja Warlamow findet die Lage in Russland mit den extrem hohen Zahlen von Gewalttaten und Mordraten in russischen Familien alarmierend. Der orthodoxe Unternehmer German Sterligow plädiert dagegen für »Züchtigungen« bei der Erziehung von Kindern mit der Begründung, so stehe es in der Heiligen Schrift geschrieben. Für das neue Gesetz spricht sich der Vorsitzende des Zentrums zur Stärkung der Familie »Mutter« aus: Maxim Murowskij hält die strafrechtliche Verantwortung des Mannes für eine »Verfehlung« für unangemessen und gefährlich. Die Expertin der unabhängigen Stiftung »Nuschna Pomoschtsch« (»Hilfe gebraucht«), Tamara Ejdelman, begrüßt das neue Gesetz als kleineres Übel und wegen ihrer Überzeugung, dass die Lockerung der Strafbestimmungen wegen deshalb eine positive Erscheinung sei, da die Bürger dadurch nicht ins menschenunwürdige Strafvollzugssystem gelangen; dort würden sie nicht gebessert, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit Verbrecher werden.

Wollen Sie wirklich wegen einer Ohrfeige Familien zerstören?

Olga Batalina (42), Abgeordnete der Staatsduma, Saratow

»Die Staatsduma hat wohl das aufsehenerregendste Gesetz seit Jahresbeginn verabschiedet, sie hat frühere Fehler korrigiert und aus dem Strafgesetzbuch »familienfeindliche Regelungen« gestrichen. Nun ist die Verantwortung für Schläge in und außerhalb der Familie gleich, wer die Tat auch immer begangen hat.

[...]

Denjenigen, die sich aktiv gegen das Gesetz wenden, möchte ich eine Frage stellen: Halten Sie es für angemessen, eine Mutter, die ihrem Sohn aus Hilflosigkeit wegen Diebstahl oder, weil er aus der Wohnung abgehauen ist, eine Ohrfeige versetzt hat, zu zwei Jahren Haft zu verurteilen? Natürlich ist es besser, bei der Erziehung auf Ohrfeigen und blaue Flecken zu verzichten.

Wer aber hat etwas davon, wenn wir eine solche Familie zerstören und das Kind ohne Mutter lassen, ohne ihren Schutz, und es in ein Waisenhaus geben? [...]

Olga Batalina am 29. Januar 2017 in den »Iswestija«; <<http://izvestia.ru/news/660874#ixzz4XKIAAw5m>>.

In Russland werden 10.000 Menschen jährlich durch häusliche Gewalt getötet

Ilja Warlamow, 33, Fotograf und Blogger, Moskau

»2014 sind mehr als 25 Prozent der registrierten Morde in Russland innerhalb der Familie begangen und im gleichen Zeitraum sind ca. 42.000 Straftaten gegenüber Familienangehörigen registriert worden. Im Durchschnitt werden jährlich mehr als 10.000 Menschen durch häusliche Gewalt getötet (in den letzten Jahren ca. 12–14.000, meistens Frauen).

Jährlich erleiden 26.000 Kinder häusliche Gewalt, 2.000 davon begehen Selbstmord und 10.000 laufen von zu Hause weg.

Dabei landen 97 Prozent der Fälle häuslicher Gewalt vor keinem Gericht.

Die Abgeordneten können Schläge aus dem Strafgesetzbuch streichen, sie können überhaupt jegliche Verantwortung für häusliche Gewalt abschaffen. Oder – warum nicht? – gar Preise dafür verleihen! Ehrenmedaillen für die Stärkung der Familie!

Warum kümmert Euch die Verantwortung überhaupt? Es macht sowieso keinen Sinn, wenn 97% Angst davor haben, zur Polizei zu gehen und vor Gericht zu ziehen. Wenn es überhaupt kein Vertrauen gegenüber den Bullen gibt. Sie haben auch früher die Opfer verlacht und wollten die Anzeigen nicht annehmen. Nun werden sie jenen Vereinzelt, die keine Angst haben, sich zu beschweren, die Tür nicht mehr aufmachen.

Tatsächlich wird sich kaum etwas ändern. Macht euch keine Illusionen. Unser Staat schützt heutzutage nur einen gut – sich selbst vor uns.«

Ilja Warlamow am 27. Januar 2017 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/varlamov/posts/1250186251702781>>.

Ich muss meine Kinder züchtigen

German Sterligow (50), Unternehmer und orthodoxer Aktivist, Moskauer Gebiet

»Ich bin orthodoxer Christ; ich habe meine Kinder gezüchtigt und werde es weiterhin tun. Ich bin ein Straftäter; sowohl nach der ersten als auch nach der zweiten Fassung des Gesetzes. Die Heilige Schrift sagt mir: »Züchtige deinen Sohn«. Die Abgeordneten der Staatsduma sagen: Wir verbieten dir, deine Kinder zu bestrafen. Wem soll ich als Christ gehorchen? Gott oder den Abgeordneten?

Die Ehefrau ist ein anderes Thema. Kinder und Frauen werden hier absichtlich zusammengemischt, um die Menschen zu verwirren. Wirrköpfe sind diese Abgeordneten, die Teufelsdiener. Sie fälschen die Thesen.

Die Kinder muss der Ehemann züchtigen. Die Ehefrau kann er aber je nach Umständen züchtigen. Es gibt in der Heiligen Schrift keine Pflicht des Ehemanns, seine Ehefrau zu züchtigen, die Kinder zu züchtigen aber schon.

Häusliche Gewalt ist ein Begriff, der ausgedacht wurde, um die Menschen für dumm zu verkaufen. [...]«
German Sterligow am 12. Januar 2017 im Interview für snob.ru; <<https://snob.ru/selected/entry/119273>>.

Männer verprügeln Frauen wohl nicht unentwegt

Maxim Masurowskij (37), Vorsitzender des Vereins zur Stärkung der Familie »Mutter«, Petrosawodsk

»Häusliche Gewalt wird nicht zunehmen, wenn die Strafe gemildert wird. Früher war es eine Straftat – man konnte für zwei Jahre ins Gefängnis kommen. Nun muss man Bußgelder zahlen oder gemeinnützige Arbeit leisten. Dieser Unterschied wird einen Mann, der entschlossen ist, seine Frau zu verprügeln, nicht davon abhalten. Die Frauen können dafür aber öfter ihre Männer anzeigen. Deswegen sind diese Gesetzesänderungen aussichtsreicher, als die frühere Fassung des Gesetzes.

Versetzen Sie sich in die Lage der Ehefrau: Sie hat den Ehemann angezeigt. Ihm drohen zwei Jahre [Gefängnis]. Die Familie ist zerstört. Der Mann hat sie nicht etwa mit Gewalt zur Heirat genötigt. Die Frau liebt ihn. Sie hat Gefühle für ihn und Pflichten. Er verprügelt sie wohl nicht unentwegt. Sie wohnt doch aus irgendeinem Grund mit ihm zusammen, bekommt etwas von ihm.

Früher dachte die Frau: Lass ihn prügeln, aber auch die Familie ernähren. Nun kann sie ihn anzeigen, damit er zur Prophylaxe ein Bußgeld zahlt.«

Maxim Masurowskij am 12. Januar 2017 im Interview für snob.ru; <<https://snob.ru/selected/entry/119273>>.

Warum ich für das Gesetz abgestimmt habe

Fedot Tumusow (62), Abgeordneter der Staatsduma, Jakutsk

»Ich habe für die Abschaffung abgestimmt, weil das Gesetz in Wirklichkeit anders aussieht und klingt, als es in den Medien und sozialen Netzwerken dargestellt wird. Erstens geht es darum, dass es auch eine Strafe geben wird. Nach dem ersten Mal allerdings gibt es ein Bußgeld (das heißt, man wird nicht ins Gefängnis gesteckt und nicht durch gewaltige Geldstrafen ruiniert). Wenn es aber zur zweiten Anzeige von Gewalt kommt, folgt eine strafrechtliche Verfolgung.

[...] es gibt in Russland Gewalt in der Familie; man muss sie bekämpfen. Aber Strafverfahren nach dem ersten Streit, lassen wir uns da nicht täuschen, sind bei unserem miserablen Polizei- und Justizsystem kein guter Ansatz. Die Missbrauchsgefahr ist zu hoch.

Seien wir ehrlich: Es gibt hier keine optimale Lösung. Die Frage ist nur, welche von den zwei Übeln (Gesetzesvorschriften) das kleinere ist.«

Fedot Tumusow am 27. Januar 2017 bei »Echo Moskwy«; <<https://echo.msk.ru/blog/kuduktumus/1917418-echo/>>.

Zunächst muss das Strafvollzugssystem reformiert werden, erst dann kann man Menschen in Gefängnisse sperren

Tamara Ejdelman, Vertreterin der karitativen Stiftung »Hilfe gebraucht«

»Ich sitze heute und lese den ganzen Tag darüber, was für ein schreckliches Gesetz die Staatsduma verabschiedet hat, als sie »Schläge entkriminalisiert hat«. Und ich wundere mich ein bisschen... Ich will erklären, warum. Ich bin zweifellos gegen Gewalt in der Familie. Das ist schlimm, widerlich, erniedrigend und verbrecherisch. Ich weiß aber auch, dass die »Strafvollzugsbehörden« in unserem Land noch schlimmer, widerlicher, erniedrigender und verbrecherischer sind. Sie bessern niemanden, sondern brechen die Menschen; sie machen sie fertig; und aus denen, die zum ersten Mal einen Fehltritt begangen haben, werden dort echte Kriminelle.

Genau deswegen begrüße ich jegliche Vorschläge, die auf die Lockerung unseres bestialischen Strafsystems gerichtet sind. Ich unterschreibe keine Petitionen für die Verschärfung von Strafen – egal für wen – weder für die Schweine, die Ärzte überfallen, noch für die Drecksäcke, die Tiere misshandeln. Selbst für diese Prolls, die ihre Ehefrauen und Kinder schlagen. Wir sollten es bitte erst mal schaffen, das Strafvollzugssystem zu reformieren, erst dann werden wir reinen Gewissens Menschen dorthin schicken können [...]

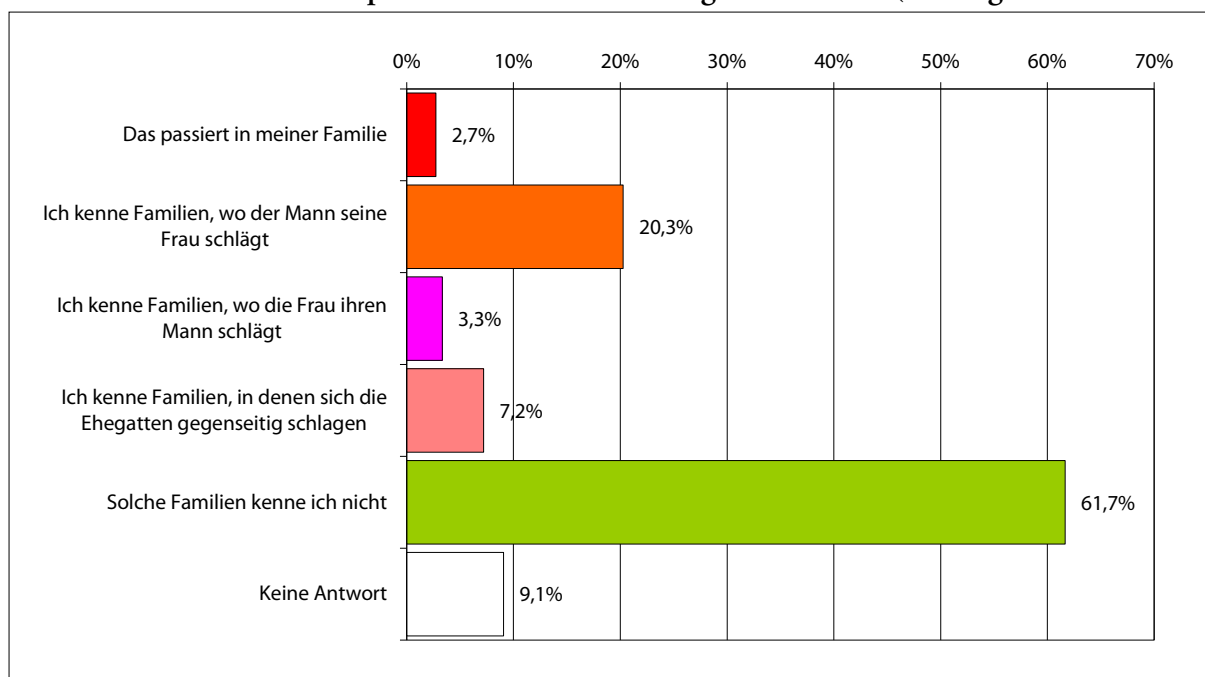
Tamara Ejdelman am 27. Januar 2017 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/tamara.eidelman/posts/980407078758010>>.

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

UMFRAGE

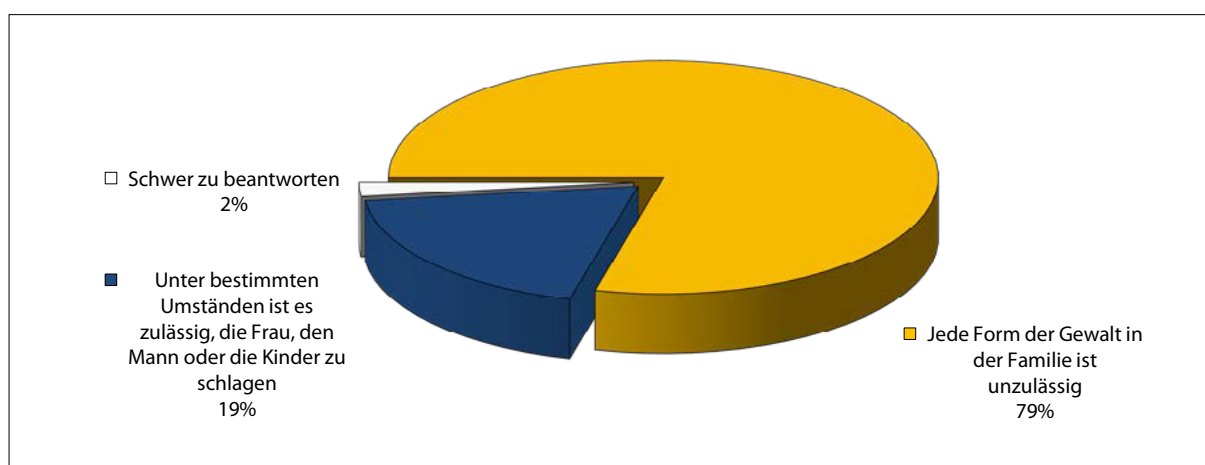
Dekriminalisierung von Familiengewalt

Grafik 13: Kennen Sie Familien, wo die Ehegatten, wenn sie sich streiten, physische Gewalt anwenden? Oder passiert so etwas in ihrer eigenen Familie? (beliebig viele Antworten)



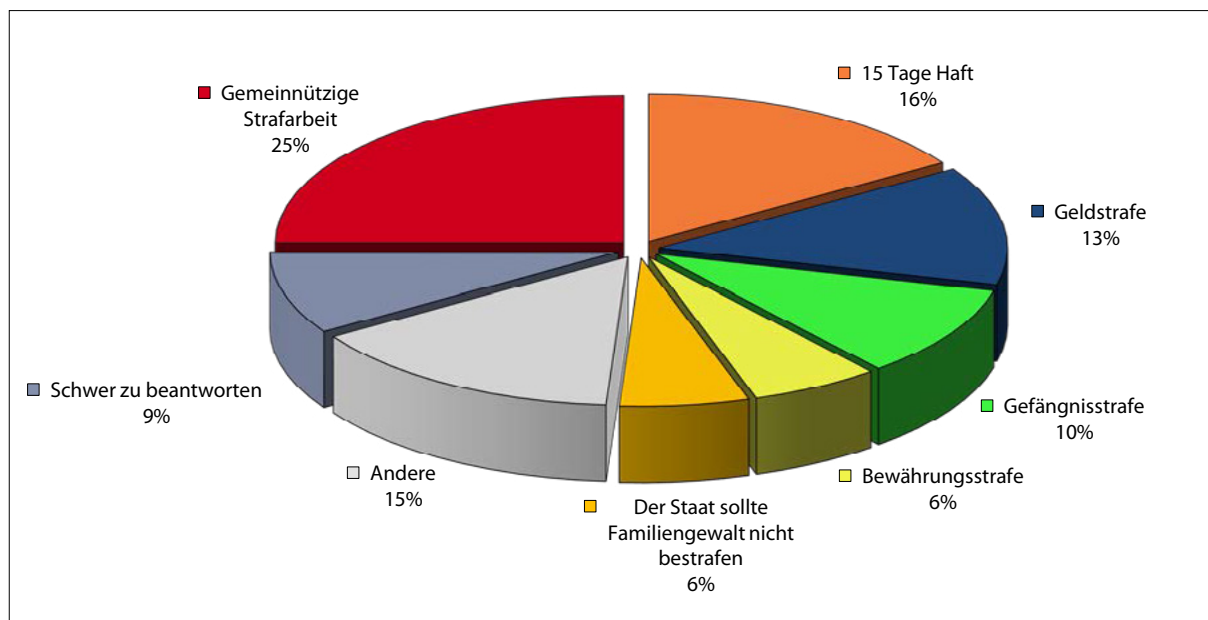
Quelle: Umfragen des FOM vom 15.–16. Oktober 2016, <<http://fom.ru/Rabota-i-dom/13124>>, 2. Dezember 2016

Grafik 14: Manche denken, dass jede beliebige Form von physischer Gewalt in der Familie unzulässig ist. Andere sagen, dass es unter bestimmten Umständen zulässig sein kann, der Frau, dem Mann oder den Kindern einen Klaps zu geben oder sie zu schlagen. Was denken Sie?



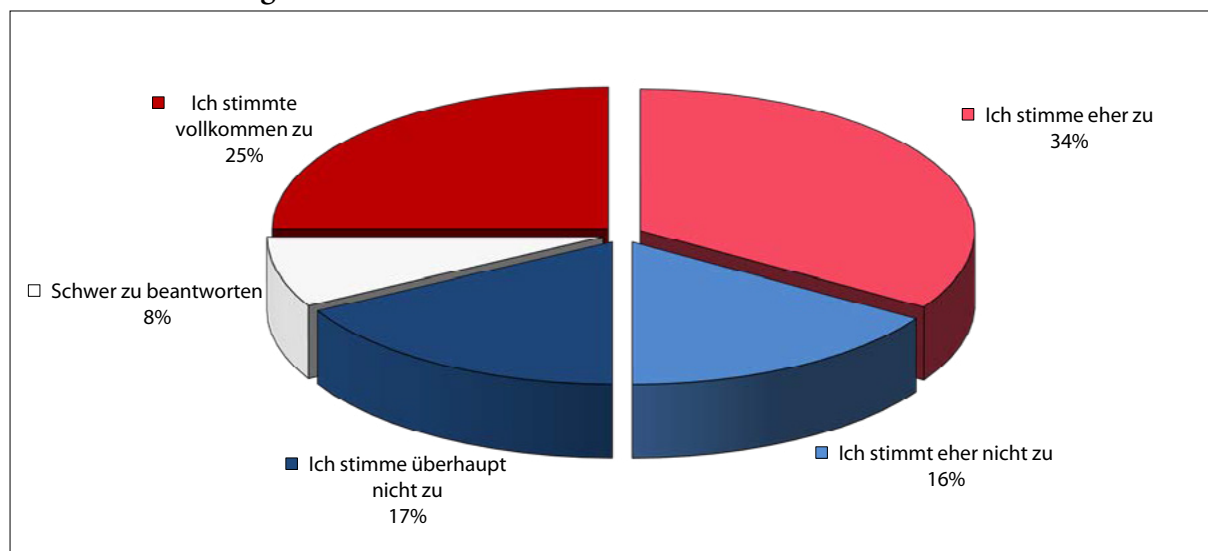
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 13.–15. Januar 2017, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116035>>, 23. Januar 2017

Grafik 15: Sollte der Staat Ihrer Meinung nach Gewalt in der Familie bestrafen? Falls ja, in welcher Form?



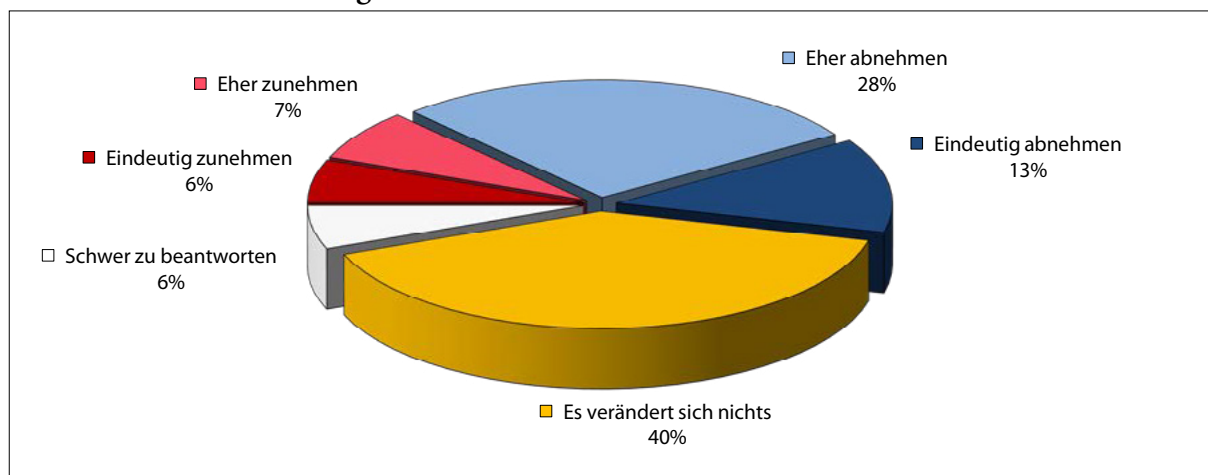
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 13.–15. Januar 2017, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116035>>, 23. Januar 2017

Grafik 16: Im Moment stellt Familiengewalt in Russland eine Straftat dar, aber es wird aktuell ein Vorschlag diskutiert, der Familiengewalt im erstmaligen Fall als Ordnungswidrigkeit behandeln und entsprechend mild bestrafen soll. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 13.–15. Januar 2017, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116035>>, 23. Januar 2017

Grafik 17: Was denken Sie, wird Familiengewalt in Russland zu- oder abnehmen, wenn ein solcher Vorschlag Gesetz werden würde?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 13.–15. Januar 2017, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116035>>, 23. Januar 2017

NOTIZEN AUS MOSKAU

Die sowjetischen Dissidenten und die »Sprache des Rechts«

Jens Siegert, Moskau

Einem bekannten Bonmot zufolge, ist Russland ein »Land mit unvorhersagbarer Geschichte«. Das Gleiche ließe sich mit kaum weniger guten Gründen auch von anderen Ländern und Nationen sagen, wenn nicht gar von den meisten. Im Grunde wird jedes Land, das ein nationales Trauma erlitten hat, zu einem Land mit unvorhersagbarer Geschichte. Wenn es ein schweres Trauma ist, wie zweifellos in Russland, kann sich dieser Zustand der »Unvorhersagbarkeit« sehr in die Länge ziehen.

Nun hat Russland im 20. Jahrhundert nicht bloß ein Trauma erlitten. Es hat eine nationale Katastrophe erlebt, die 70 Jahre dauerte. Mindestens 18 Millionen Menschen gingen durch den Gulag. Zumindest 3 Millionen Menschen starben im Lager. Mehr als 800.000 wurden allein in den 16 Monaten des Großen Terrors von Juli 1937 bis Oktober 1938 von Schnellgerichten, den sogenannten Troikas, zum Tode verurteilt, erschossen und in geheimen Massengräbern verscharrt. Hinzu kommen die Toten der großen, staatsgemachten Hungersnot 1932–33, der, hier gehen die Zahlen der Forscher bis heute auseinander, bis zu 15 Millionen Menschen, vor allem in der Ukraine und in Kasachstan, aber auch

in Südrussland zum Opfer gefallen sind. Der staatliche Terror wirft bis heute seinen langen und großen Schatten über eine Bevölkerung, deren Mehrheit damit leider nichts zu tun haben will. Wer diese Massenverdrängung stört, wie die Gesellschaft »Memorial« (nicht Memorial allein natürlich, aber hier stellvertretend genannt für alle kleinen Initiativen und einzelnen Menschen in Russland, die sich dieser schrecklichen Vergangenheit stellen) macht sich inzwischen wieder verdächtig.

Vorläufer von Memorial und den anderen Initiativen waren die sowjetischen Dissidenten. Sie haben nicht wenig dazu beigetragen, dass die Sowjetunion nach 70 Jahren ein Ende gefunden hat. Auch, dass der Auflösungsprozess in den meisten Teilen des Landes vergleichsweise gewaltlos vonstatten ging, ist mit ihr Verdienst. Ihre Ideen und einige ihrer Methoden wirken noch in den zahlreichen Menschenrechtsgruppen in Russland weiter. Manche Dissidenten haben sich in den modernen Zeiten zurecht gefunden. Viele von ihnen sind inzwischen gestorben. Einige aber, die übrig geblieben sind, wirken von außen betrachtet wie aus der Zeit gefallene Starrköpfe, Maximalisten, jedenfalls Leute, mit denen die allermeisten Menschen in Russ-

land nichts anfangen können. Sie vor allem prägen das heute in Russland vorherrschende Bild dessen, was einen *Dissidenten* ausmacht. Als gesellschaftliches Phänomen mit Einfluss auf die Gesellschaft gibt es die Dissidenten nicht mehr.

Nun ist es aber so, dass seit dem Amtsantritt von Wladimir Putin vor mehr als 17 Jahren viele mit dem Ende der Sowjetunion (und damit nicht zuletzt durch die Dissidenten) errungenen Freiheitsrechte durch den Staat wieder stark eingeschränkt wurden. Es gibt keine uneingeschränkte Meinungsfreiheit mehr in Russland, ganz zu schweigen von der fast völlig wieder abgeschafften Versammlungsfreiheit. Politische Beteiligung, Wahlen und Zivilgesellschaft werden vom Staat streng und eifersüchtig kontrolliert, abweichende Meinungen und Handlungen wieder kriminalisiert. Entsprechend gibt es seit einigen Jahren erneut Menschen, die wegen ihrer politischen Überzeugungen (oder manchmal wegen ihres Glaubens) ins Gefängnis gesteckt werden. Der gegenwärtig bekannteste und offensichtlichste Fall ist wohl der von Ildar Dadin, einem jungen Mann, der im vorigen Jahr zu zwei Jahren Lagerhaft verurteilt wurde, weil er dreimal das kurz zuvor verschärfte Demonstrationsrecht verletzt hatte, indem er Einzelmahnwachen abhielt, ohne dafür zuvor eine behördliche Genehmigung einzuholen (die er ohnehin kaum bekommen hätte). Diese Entwicklung, diese Bedrohung ihrer Arbeit, ja ihrer Existenz hat innerhalb vieler NGOs, insbesondere der Menschenrechtsgruppen, Diskussionen angestoßen, darüber nachzudenken, welche Praktiken, welche Ideen der Dissidenten denn so mächtig waren, dass sie nicht unerheblich zum Ende der Sowjetunion beigetragen haben. Anders ausgedrückt: Warum haben die Dissidenten gegen den KGB gewonnen? Und sollte man nicht wieder Dissident werden?

Um auf diese Fragen antworten zu können, muss zuerst noch einmal tief in die Sowjetunion zurückgegangen und eine kleine Geschichte der Dissidenten erzählt werden. Terror als Herrschaftsinstrument war von Anfang an ein integraler Bestandteil der sowjetischen Wirklichkeit. Das Haupterbe dieser Jahrzehnte ist Angst, eine permanente, im Unterbewusstsein verwurzelte Angst vieler Menschen vor der Allmacht des Staates, die bis heute nachwirkt. Die Staatsmacht kann mit einem machen, was immer sie für richtig hält. Das wussten alle Menschen in der Sowjetunion und das glauben auch heute noch sehr viele Menschen in Russland zu wissen. Ihre Erfahrung mit ihrem Staat zeigt, dass sie damit auch nicht ganz falsch liegen.

Es waren die später *Dissidenten* genannten Menschen, die es als erste wagten, dieser Angst zu trotzen. Sie merkten bald nach dem Tode Stalins 1953, dass der post-stalinistische Staat zwar immer noch sehr viel Macht besaß

und auch den Willen, diese Macht einzusetzen (weshalb sie persönlich viel riskierten), aber eben keine Allmacht mehr, weil der Wille und damit die Fähigkeit zum allgegenwärtigen Terror erschöpft war. Diese Vorläufer der *Dissidenten* setzten auf Verbindungen zwischen den Menschen, erstmals nach Stalin auch wieder jenseits von Familien- und Verwandtenbeziehungen und vor allem jenseits der Aufsicht des Staates. So begannen sie vorsichtig, der bis heute schmerzlich (nach-)wirkenden, durch den Terror erzwungenen Atomisierung der sowjetischen (und heute der russischen) Gesellschaft entgegen zu arbeiten, wahrscheinlich ohne dass sie damals hätten sagen können, was sie dort begannen.

Seit den späten 1950er Jahren gab es dann die *Samisdat*, die Vervielfältigung und Verbreitung von Manuskripten jenseits staatlicher Kontrolle. Hier wurde erstmals in einer Art von Öffentlichkeit (auch wenn sie vorerst sehr klein blieb) über den Stalinismus diskutiert. Die *Samisdat*-Kultur war noch ganz von antistalinistischem Pathos durchdrungen. Es war aber gerade die Diskussion über den Stalinismus, in deren Umfeld sich jene zahlenmäßig nicht große, doch überaus aktive Gemeinschaft zu konsolidieren begann, deren Mitglieder später *Dissidenten* genannt wurden. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre erschienen im *Samisdat* dann Texte, die gegen aktuelle politische Verfolgungen protestierten, Texte, die zum Stalinismus als solchem scheinbar in keinem unmittelbaren Zusammenhang mehr standen. Doch auch in diesen Texten war der Gedanke an die tragische jüngste Vergangenheit als Grundlage der akuten Besorgnis der Bürger stets präsent. In der Sowjetunion war mithin der gegenwärtige Kampf für staatsbürgerliche Freiheit, den die Dissidenten begonnen hatten, schon damals untrennbar mit dem »Kampf um die Geschichte« verbunden, mit der Bewahrung und Aufarbeitung der Erinnerung an die Vergangenheit, vor allem an den stalinistischen Terror.

Die Erinnerung an den Stalinismus teilte sich dabei auf lange Zeit, über mehrere Jahrzehnte, in zwei Stränge. Den einen Strang bildete die persönliche Erinnerung, die Erinnerung in der Familie, die auf der Lebenserfahrung der Opfer des Terrors und ihrer Angehörigen beruhte. Sie war latent und wurde als verbotenes oder halbverbotenes Wissen empfunden. Diese Erinnerung war gegenständlich, faktographisch und äußerst konkret. Eine Analyse oder den Versuch zu verstehen gab es kaum. Der zweite Strang bestand in der *dissidentischen* Reflexion – in Memoiren, deren Autoren es wagten, sie im *Samisdat* zu veröffentlichen, in Geschichtspublizistik, Übersetzungen westlicher Forschungsarbeiten, Romanen und Gedichten.

Diese fundamentalen, tief gehenden Reflexionen machten die *Dissidenten* zu bedeutenden Neuerern. Sie

erfanden eine *Sprache des Rechts*, die bis heute das Verständnis von Menschenrechten nicht nur in Russland entscheidend beeinflusst. Diese *Sprache des Rechts* setzten sie dem Staat entgegen, der zwar Recht setzte und proklamierte, sich aber in der Praxis nicht an das (eigene) Recht hielt. Sie hielten dem Staat Sowjetunion auf diese Weise den Spiegel vor.

Sie waren damit zwar in der Sowjetunion allein, aber nicht in Europa, nicht in der Welt. Ihre Arbeit und ihre Erfindung *Sprache des Rechts* waren in einige Jahrzehnte verstärkter und intensiver Freiheitssuche in Europa, ja der ganzen Welt eingebettet, die im Westen oft mit dem Kulminationsjahr 1968 bezeichnet wird. In Osteuropa und auch in der Sowjetunion gab es aber ein eigenes, ein genuines 1968. Der Prager Frühling, der Weg der sowjetischen *Dissidenten*bewegung in eine größere Öffentlichkeit oder das Aufbegehren von Arbeitern in Polen zeugen von einer großen, die Grenzen einzelner Staaten überschreitenden Freiheitsbewegung. Sie hatte andere Ausgangsbedingungen als ihre Schwester im Westen und nahm wohl auch deshalb einen anderen Ausgang. Während im Westen von den Protestierenden nur behauptet wurde, in quasi-diktatorischen Verhältnissen zu leben, lebten die Menschen im Osten tatsächlich in Diktaturen. Während es im Westen um mehr Freiheit(en) und Möglichkeiten ging (und die vorhandene Freiheit zur Durchsetzung dieser Forderungen genutzt werden konnte), ging es im Osten darum, sich erst einmal die grundsätzlichen Freiheitsrechte zu sichern und nicht allein schon wegen des Freiheitsverlangens in Gefängnissen, im Lager oder im Exil zu landen.

Ich spreche hier von zwei Freiheitsbewegungen (bei der es sich vielleicht auch nur um eine gemeinsame handelt). Allerdings entwickelten sich im Westen aus dieser Freiheitsbewegung heraus mit ihrem Zerfall in den siebziger Jahren auch Anhänger von sehr unfreien, autoritären, um nicht zu sagen totalitären, meist kommunistischen Ideologien. Sie predigten sozusagen Unfreiheit und bekamen Freiheit. Dass das für sie (und ihre Gesellschaften) nicht schief ging, lag vor allem an der dortigen Freiheit, die schon vor ihnen errungen worden war. Im Osten dagegen waren Freiheit und Recht nicht nur Losungen, sondern wesentlicher Teil der politischen Ideologie (und, soweit das überhaupt möglich war, Praxis) der meisten *Dissidenten*. Trotzdem wurden sie weiterhin unterdrückt (auch wenn, von heute aus gesehen, die darauf folgende Zeit der Stagnation schon den Keim von 1989/90 in sich trug, was damals aber niemand wissen konnte).

Bemerkenswert ist auch, dass es nicht ein großer ideologischer Entwurf war, der die Herrschaft des Systems in Gefahr brachte, sondern dass es eben die allmähliche Etablierung dieser *Sprache des Rechts* von unten war,

die allmählich das Verständnis von politischer Herrschaft veränderte. Allerdings war das nur möglich, weil es jenseits der Grenzen das gab, was später und bis heute meist pauschal als der »Westen« bezeichnet wird. Also eine stabile Gruppe demokratisch verfasster Staaten, die zudem noch wirtschaftlich erfolgreicher waren als die Sowjetunionen und die Länder in ihrem Machtbereich. Das »Wissen« darüber, dass es im Westen wirtschaftlich besser und demokratischer zugeht, teilten die *Dissidenten*, soweit sich das heute beurteilen lässt, mit einer großen Mehrheit der Menschen zumindest in der späten Sowjetunion. Der demokratische Westen war also eine Referenzgröße, die den Forderungen der Dissidenten an den eigenen Staat zusätzliche Legitimität und Kraft verlieh. Eine Kraft, die letztlich viel zur Selbstbefreiung aus der sowjetischen Diktatur beitrug.

Heute sieht es so aus, als ob in Russland weitgehend vergessen ist, dass sich das Land vor nun schon mehr als 25 Jahren selbst befreit hat. Das Ende der Sowjetunion wird von einer großen Mehrheit der Menschen in Russland bedauert (siehe dazu auch meine Notizen »Sehnsucht nach der »guten alten Zeit« – 25 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion« in den Russlandanalysen Nr. 328: <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen328.pdf>>). Die *Dissidenten*, wenn sie denn überhaupt erinnert werden, gelten vielen als »Verräter«, die seinerzeit als »nützliche Idioten« oder gar gleich »Agenten« das Werk »des Westens« betrieben habe, um Russland klein zu kriegen. Das und die immer noch tief in den Erinnerungen der Menschen sitzende Angst gegenüber der Allmacht des Staates macht es der politischen Führung momentan recht einfach in Vielem zu sowjetischen Herrschaftspraktiken zurückzukehren und so weitgehend ungefährdet an der Macht zu bleiben.

Die seit einigen Jahren simmernde innere Krise dessen, was (auch) hier vereinfacht »Westen« genannt wird, ist durch die Wahl und den Amtsantritt von Donald Trump wohl in eine entscheidende Phase eingetreten. Es könnte sein, dass für die russische demokratische Opposition, die die Praxis der *Dissidenten* übernommen hat, den eigenen Herrschern eine auf den Menschenrechten aufbauende Rechtsstaatlichkeit entgegen zu halten (und dieses Argument mit Hinweis auf die real existierenden liberalen Demokratien des Westens zu untermauern) eine Zeit der bedingten Einsamkeit begonnen hat. Sie werden auf absehbare Zeit wohl noch mehr auf sich selbst gestellt sein, als sie das ohnehin schon länger sind.

Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass sich die sowjetische (und damit auch russische) Erfindung der *Sprache des Rechts* unter der Oberfläche festgesetzt hat. Sie kann zwar eine Weile unterdrückt werden, ist aber trotz der (wie ich doch sehr hoffe) zeitweisen Schwäche des »Westens« nicht mehr völlig zu vertreiben. Denn

auch die russische Gesellschaft hat sich auf den Weg einer tiefgreifenden Veränderung der Herrschaftsverhältnisse gemacht hat, der mit dem Symboljahr 1968 verbunden bleibt. Dieser Weg ist nicht gerade, sondern verschlungen. Und er wird zu neuen russischen Eigenarten führen. Er kann eine Weile aufgehalten, in seiner Bewegung behindert werden. Verhindert werden kann er nicht mehr. Dafür haben die *Dissidenten* in der Sow-

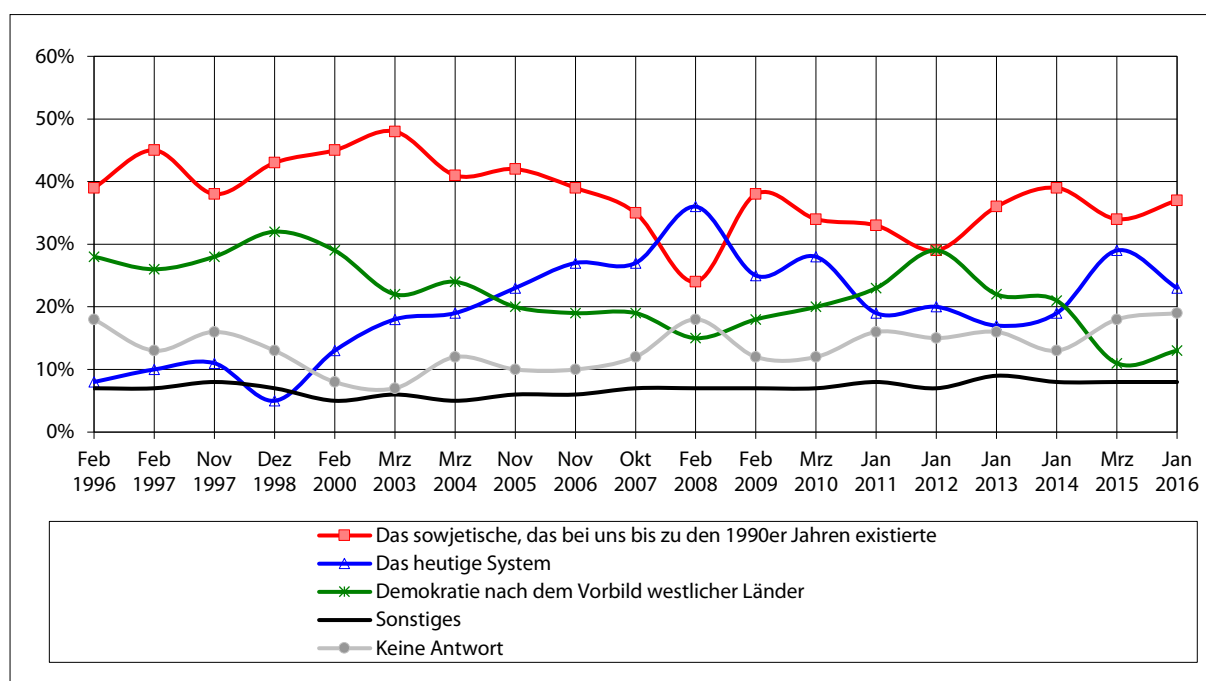
jetunion zusammen mit ihren Kollegen in anderen sozialistischen Ländern den Grundstein gelegt. Sie wollten in Würde leben. Sie haben unter großen persönlichen Risiken gezeigt, dass das (fast) immer möglich ist. Das ist ihr Vermächtnis.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Lesetipps:

- Alekseyeva, Ludmila: Soviet Dissent: Contemporary Movements for National, Religious, and Human Rights, Middletown, CT: Wesleyan University Press 1977.
- Alekseyeva, Ludmila; Paul Goldberg: The Thaw Generation: Coming of Age in the Post-Stalin Era. Pittsburgh, PA University of Pittsburgh Press, 1993.
- Daniel, Alexander: 1968 in Moscow. A Beginning, in: Nora Farik (Hrsg.): 1968 revisited. 40 Years of Protest Movements, Brüssel: Heinrich Böll Stiftung 2008, S. 27–32 <https://eu.boell.org/sites/default/files/1968_revisited.pdf> (deutsch: Daniel', Aleksandr: Geburt der Menschenrechtsbewegung. Das Jahr 1968 in der UdSSR, in: Osteuropa, 58.2008, Nr. 7/, S. 47–55 <<https://www.zeitschrift-osteuropa.de/site/assets/files/2557/oe080704.pdf>, 2. Februar 2017>).
- Preuß, Detlev: Umbruch von unten: Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion, Wiesbaden: Springer 2014; s. bes. d. Kapitel »Dissidenz und früher nationaler Protest in der UdSSR«, Menschenrechte und politische Dissidenz in der Sowjetunion vor 1975« und »Die UdSSR nach Helsinki«.
- Horvath, Robert: The Legacy of Soviet Dissent: Dissidents, Democratisation and Radical Nationalism in Russia, Routledge 2012
- Rubenstein, Joshua: Soviet Dissidents: Their Struggle for Human Rights, Boston, MA: Beacon Press 1985.

Grafik 18: Welches politische System erscheint Ihnen am besten: das sowjetische, das heutige oder ein demokratisches nach dem Vorbild westlicher Länder?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums von Februar 1996 bis 22.–25. Januar 2016, <<http://www.levada.ru/2016/02/17/predpochtitelnye-modeli-ekonomicheskoy-i-politicheskoy-sistem/>>, 18. Februar 2016

20. Januar – 2. Februar 2017

20.1.2017	Die Polizei nimmt in Moskau rund 30 Bauarbeiter fest, als sie bei der Arbeitsinspektion eine Beschwerde wegen Einbehaltung ihrer Gehälter einreichen wollen. Die Arbeiter sind bei den Firmen »Gorizont« und »SMU-77« beschäftigt, die ihnen zum Teil seit drei Monaten den Lohn schulden.
21.1.2017	In der Kreisstadt Kisljar (Dagestan) werden im Rahmen einer Spezialoperation zwei mutmaßliche Mitglieder einer terroristischen Gruppierung aus Chasawjurt getötet.
21.1.2017	Die Regierung des Gebiets Rostow erklärt, dass die Offene Aktiengesellschaft »Regionale Entwicklungskooperation« den Bergarbeitern der Firma »Kingcoal« im Januar auszahlen 50 Millionen Rubel ausstehender Gehälter wird. Im August vergangenen Jahres waren mehr als 60 Arbeiter wegen ausbleibender Gehälter in den Hungerstreik getreten.
22.1.2017	Im Chibinen-Gebirge im Gebiet Murmansk gerät eine Gruppe von elf Touristen aus Archangelsk in eine Lawine. Drei Personen werden verschüttet, von denen eine überlebt, die anderen beiden werden tot geborgen.
23.1.2017	In der kasachischen Hauptstadt Astana beginnen zweitägige Gespräche über die Stabilisierung des Waffenstillstands in Syrien. Russland, die Türkei und der Iran treten als Garantmächte der Feuer-einstellung auf. Auch Vertreter der Konfliktparteien, der Assad-Regierung und der oppositionellen Milizen, nehmen an den Gesprächen teil. Ein Sondergesandter des UN-Generalsekretärs und der US-Botschafter in Kasachstan sind als Beobachter akkreditiert. Eine direkte Begegnung zwischen den Konfliktparteien gibt es nicht, da die Oppositionsgruppen der Assad-Regierung vorwerfen, die geltende Waffenruhe gebrochen zu haben.
24.1.2017	Die Gespräche über eine Stabilisierung des Waffenstillstands in Syrien gehen mit einer gemeinsamen Abschlusserklärung zu Ende, die feststellt, dass die Waffenruhe in Syrien gefestigt worden sei. Die Garantmächte Russland, die Türkei und der Iran einigen sich zudem auf einen dreiteiligen Mechanismus zur Überwachung der Waffenruhe.
24.1.2017	Ministerpräsident Dmitrij Medvedev empfängt in Moskau seinen armenischen Amtskollegen Karen Karapetjan zu dessen Antrittsbesuch in Russland. Themen der Zusammenkunft sind Investitionen sowie Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Wirtschaft. Im Ergebnis werden vier bilaterale Dokumente unterzeichnet, die unter anderem festlegen, dass russische Staatsbürger mit ihrem Inlandspass Urlaubsreisen in Armenien machen können.
24.1.2017	Russischen Medienberichten zufolge, die sich auf die »Global Times« berufen, stationiert China neue ballistische Interkontinental-Raketen des Typs »Dongfeng-41« nahe der russischen Grenze bei Daqing in der Provinz Heilongjiang. Dmitrij Peskow, der Pressesprecher des Präsidenten, erklärt, dies stelle keine Bedrohung für Russland dar.
25.1.2017	Die Organisation »Transparency International« veröffentlicht den neuen Korruptionswahrnehmungsindex für das Jahr 2016, in dem Russland Platz 131 unter 176 Ländern einnimmt < http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016 >.
25.1.2017	Auf Anordnung des Innenministers Wladimir Kolokolzew wird in der Hauptverwaltung für ökonomische Sicherheit und Korruptionsbekämpfung die Abteilung »T« aufgelöst und umstrukturiert, in der Dmitrij Sachartschenko gearbeitet hatte, bevor er wegen Verdacht auf Korruption im September vergangenen Jahres festgenommen worden war.
25.1.2017	Durch eine offizielle Stellungnahme des Software-Sicherheitsunternehmens »Kasperski Lab« wird bekannt, dass der Abteilungsleiter für die Untersuchung von Hackerangriffen, Ruslan Stojanov, Anfang Dezember 2016 verhaftet worden war. Ihm wird Landesverrat vorgeworfen. Die Untersuchung steht laut Firmenangaben nicht mit »Kasperski Lab« und dessen Tätigkeit selbst in Verbindung.
26.1.2017	Russland und die Türkei fliegen gemeinsam Luftangriffe auf Stellungen der Terrormiliz »Islamischer Staat« nahe der syrischen Ortschaft Al-Bab in der Provinz Aleppo. Bei den Angriffen werden angeblich drei Befehlsstände und Nachrichtenpunkte sowie mehrere Stützpunkte der Terroristen zerstört.

27.1.2017	Außenminister Sergej Lawrow empfängt Vertreter der syrischen Opposition in Moskau, um die Ergebnisse der Friedenskonferenz in Astana zu besprechen und sie über den russischen Vorschlag einer Verfassung für Syrien zu unterrichten. Zuvor hatten mehrere Vertreter die Einladung abgelehnt, darunter der Koordinator des »Hohen Verhandlungskomitees« (HNC) der syrischen Opposition sowie die in der Türkei ansässige »Nationale Koalition«.
27.1.2017	Die Duma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetzesprojekt, demzufolge erstmalige Gewalt in der Familie ohne schwerwiegende Körperverletzung nicht länger als Straftat, sondern als Ordnungswidrigkeit behandelt wird.
28.1.2017	US-Präsident Donald Trump und Präsident Wladimir Putin erörtern in einem 45-minütigen Telefongespräch aktuelle internationale Probleme, darunter die Lage im Nahen Osten und auf der koreanischen Halbinsel sowie das iranische Atomprogramm und die Ukraine-Krise. Beide Staatshäupter vereinbaren zudem, gemeinsam den internationalen Terrorismus bekämpfen und künftig das Vorgehen gegen die »Terrormiliz Islamischer« Staat in Syrien zu koordinieren.
28.1.2017	Während eines Treffens von Abgeordneten mit Wählern in St. Petersburg kündigen Gegner der Übergabe der Isaaks-Kathedrale an die Russische Orthodoxe Kirche den Beginn einer Kampagne an, mit der sie ein Referendum zu dieser Frage durchsetzen wollen.
28.1.– 29.1.2017	In der Ostukraine gewinnt der Konflikt wieder an Schärfe. Es kommt zu schweren Kämpfen bei der Ortschaft Awdijiwka nördlich von Donezk mit Dutzenden von Todesopfern auf beiden Seiten.
29.1.2017	In Moskau wird eine neue Abteilung der Bewegung »Offenes Russland« gegründet. Als Koordinatorin wird Maria Baronowa gewählt, die bisher den Vorsitz der Bewegung innegehabt hat.
29.1.2017	Das Nationale Antiterror-Komitee (NAK) gibt die Tötung von drei Insurgenten während einer Spezialoperation in Chasawjurt in der Republik Dagestan bekannt. Laut Aussagen des Komitees seien die bewaffneten Kämpfer an terroristischen Verbrechen beteiligt gewesen.
30.1.2017	Der ehemalige Bevollmächtigte Vertreter des Präsidenten der Russischen Föderation im Gebiet Sachalin, Witalij Gulij, wird in Moskau wegen Verdachts auf Extremismus festgenommen. Grund dafür sei laut dessen Anwalt Gulijs Buch »Am Fuße des russischen Olymps. Skizzen für ein Porträt des zeitgenössischen Beamten«, das bislang in einer Auflage von 500 Exemplaren erschienen war.
30.1.2017	Bei einer Spezialoperation in der tschetschenischen Stadt Schali werden drei mutmaßliche Anhänger der Terrormiliz »Islamischer Staat« getötet. Bei dem Einsatz sterben zudem zwei Sicherheitskräfte, zwei Anwohner werden verletzt.
30.1.2017	Das russische Militär fliegt erneut Luftangriffe auf die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) in der syrischen Provinz Deir ez-Zor. Es werden sechs Langstreckenbomber des Typs Tu-22M3 eingesetzt. Bei den Angriffen werden angeblich Befehlsstände und mehrere Waffenlager des IS zerstört sowie eine große Anzahl von Kämpfern getötet.
31.1.2017	Dmitrij Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten, macht die ukrainische Führung und den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko für die Verschärfung des Konflikts in der Ostukraine verantwortlich und wirft ihnen vor, die Minsker Vereinbarungen nicht einhalten zu wollen.
31.1. 2017	Präsident Wladimir Putin ernennt Sergej Nowikow zum Leiter des Ressorts Gesellschaftliche Projekte der Präsidialadministration. Zuvor war Nowikow als stellvertretender Chef der Abteilung Innenpolitik in der Präsidialverwaltung tätig gewesen. Sein Vorgänger, Pawel Senkowitsch, wechselt ins Bildungsministerium als stellvertretender Leiter der Behörde. Desweiteren ernennt Putin Aleksandr Fomin, der bislang den Föderalen Dienst für kriegstechnische Zusammenarbeit (FSWTS) geleitet hat, zum stellvertretenden Verteidigungsminister. Seine Nachfolge tritt Dmitrij Schugajew an, der ehemalige stellvertretende Generaldirektor der Staatskorporation »Rostech«.

1.2. 2017	Der Rechtsanwalt Iwan Pawlow teilt mit, dass zwei ranghohe Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes (FSB) wegen Landesverrats festgenommen wurden. Es handelt sich danach um einen Abteilungsleiter im Zentrum für Informationssicherheit des FSB, Sergej Michajlow und dessen Mitarbeiter Dmitrij Dokutschajew. Ihnen wird vorgeworfen, mit dem US-amerikanischen Geheimdienst zusammengearbeitet und ihm geheime Informationen zugespielt zu haben. Der Fall steht im Zusammenhang mit der Verhaftung eines Mitarbeiters von »Kasperski Lab« (vgl. Eintrag zum 25.1.2017).
1.2. 2017	Der Direktor des Inlandsgeheimdienstes (FSB), Alexandr Bortnikow, ordnet die Einrichtung einer Grenzzone in den Gebieten Smolensk, Pskow und Brjansk an, die an Belarus grenzen. Diese Anordnung wird im Zusammenhang mit dem vom belorussischen Präsidenten Aljalexandr Lukaschenka Anfang Januar unterzeichneten Erlass gesehen, der für die Bürger von insgesamt 80 Staaten die visa-freie Einreise und einen Aufenthalt für fünf Tage in Belarus erlaubt.
2.2. 2017	Außenminister Sergej Lawrow gratuliert dem neuen Außenminister der USA, Rex Tillerson, zu dessen Ernennung und äußert die Hoffnung auf eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen.
2.2. 2017	Der Koordinator der Bewegung »Offenes Russland« und ehemalige Vorsitzende der Oppositionspartei »Parnas«, Wladimir Kara-Mursa, wird in einem Moskauer Krankenhaus behandelt, sein Zustand ist kritisch. Laut seinem Anwalt seien die Symptome die gleichen wie im vergangenen Jahr, als Kara-Mursa mit Verdacht auf Vergiftung ins Koma gefallen war und wegen schweren Nierenversagens behandelt werden musste.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>